

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Bürgerschaftliches Engagement und Partizipation

23. Sitzung
27. Mai 2019

Beginn: 11.35 Uhr
Schluss: 14.04 Uhr
Vorsitz: Dr. Susanna Kahlefeld (GRÜNE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Aktuelle Berichte aus den Senatsverwaltungen

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Wir kommen zu

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Stand des Beteiligungsprozesses zur Nutzung des
Flughafengebäudes Tempelhof**
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die
Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

[0066](#)
BuergEnPart

Hierzu: Anhörung

Wir haben dazu Gäste eingeladen, und ich begrüße ganz herzlich – in alphabetischer Reihenfolge – Frau Heike Agte, Vertreterin Flughafen Tempelhof – THF.Vision, Herrn Christof Deitmar, wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bereich Stadtentwicklung und Internationale Märkte der IHK Berlin, Frau Juliane Hanske, Mitglied des Arbeitsgremiums Zukunft Flughafen Tempelhof, und Frau Jutta Heim-Wenzler, Geschäftsführerin der Tempelhof Projekt GmbH. Herzlich willkommen! Schön, dass Sie alle da sind! Weil ich es vorhin ein bisschen schnell gemacht habe: Ich begrüße auch noch mal die Senatsbaudirektorin Frau Regula Lüscher. – Die Frage zu Beginn: Soll es ein Wortprotokoll geben? Das machen wir eigentlich bei Anhörungen so. – Ich sehe nur Nicken, dann machen wir das so. Wer möchte den Besprechungsbedarf durch die Fraktionen begründen? – Nicola Böcker-Giannini, bitte!

Dr. Nicola Böcker-Giannini (SPD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Anzuhörende! Wir waren als Ausschuss vor ungefähr zwei Wochen auf dem Flughafengelände, haben im Flughafengebäude nur einen ganz kleinen Teil der da beheimateten Projekte angucken dürfen – Fliegerwerkstatt, Tamaja – mit den entsprechenden Sport- und Kulturangeboten und konnten uns davon überzeugen, dass da einiges sehr gut läuft.

In Berlin – das ist ja heute unser Thema – können die Berlinerinnen und Berliner über die Nutzung des Flughafengebäudes mitbestimmen. Die politischen Rahmenbedingungen dazu haben wir im Koalitionsvertrag definiert. Die Koalition legt sehr großen Wert darauf, dass Bürgerbeteiligung im Allgemeinen stattfindet, und so ist es auch das Ziel, für dieses Flughafengebäude die partizipative Stadtgesellschaft zu beteiligen. Das ist auch festgeschrieben im Koalitionsvertrag.

Was in Zukunft läuft, ist jetzt der „Summer of Participation“ und im Herbst die nächste Phase des Beteiligungsprozesses an dem, was geplant ist. Dass da nicht alles glatt läuft, war der Presse ja in den letzten Wochen und Monaten zu entnehmen, und deswegen wurde auch die Anhörung zum Stand des Beteiligungsprozesses und der Nutzung des Flughafengebäudes hier von uns beantragt. – Vielen Dank!

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Vielen Dank! – Dann möchte ich Ihnen das Wort erteilen, auch wieder nach der Reihenfolge des Alphabets. – Frau Agte! Ich würde Sie bitten zu beginnen!

Heike Aghte (THF.Vision): Vielen herzlichen Dank für die Einladung und die Möglichkeit, bei dieser Anhörung zu sprechen! Ich möchte kurz meine Initiative vorstellen. THF.Vision ist eine Bürgerinitiative ohne eigenes Rauminteresse an dem Flughafengebäude, auch ohne kommerzielle Interessen am Flughafengebäude. Was uns antreibt: Wir haben ein Konzept für einen Stadtteil der Zukunft entwickelt, das heißt einen Stadtteil, bei dem ein gutes Leben auf der Basis einer enkeltauglichen, also nachhaltigen Wirtschaftsweise entwickelt, gelernt, weiterentwickelt, gelebt werden kann.

Das Land Berlin hat schon verschiedene Selbstverpflichtungen unterzeichnet, in denen es sich genau dazu verpflichtet. Zum Beispiel denke ich an die Gesetzgebung zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung oder aber auch an die Verpflichtung, die 17 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen umzusetzen. Das genau ist das Thema, das uns antreibt, weil wir überzeugt sind, solch ein Stadtteil der Zukunft, in dem so etwas gemeinsam wie in einem Reallabor entwickelt werden kann, hat einen idealen Ort in dem Flughafengebäude Tempelhof.

Sie werden verstehen, dass wir begeistert waren über die Möglichkeit eines Partizipationsprozesses, weil wir da eine sehr gute Chance gesehen haben, unsere Idee in die Stadt zu tragen und zu diskutieren, Öffentlichkeitsarbeit zu machen, Sympathien zu wecken und uns auch einzubringen in die Entwicklung dieses Flughafengebäudes.

Wir sind ein bisschen enttäuscht, dass der Prozess unterbrochen werden musste. Wir verstehen aber auch, dass es notwendig war. Ich habe, wir alle in unserer Initiative haben das Gefühl, dass für dieses riesige Gebäude mit so unglaublich vielen Potenzialen ein echter, ernsthafter Partizipationsprozess das Beste und Wichtigste ist, was ihm in der nächsten Zeit passieren kann – parallel zu der Sanierung, die natürlich auch fällig ist.

Insofern möchte ich auch die Koalitionsvereinbarung noch einmal unterstreichen, die ja explizit sagt, das Nutzungskonzept für das Flughafengebäude wird partizipativ entwickelt – ohne Einschränkung. Das ist für uns auch die wichtigste Basis, uns jetzt dabei einzubringen.

Die Pause, die jetzt eingetreten ist, die unfreiwillige Pause, bietet Potenzial, um verschiedene Verbesserungen anzugehen, bei denen wir das Gefühl haben, die sind jetzt notwendig.

Da ist zum Beispiel das, was eigentlich normalerweise die Vorphase einer Partizipation sein soll, nämlich das Kennenlernen des Gebäudes. Das ist eine ganz simple Geschichte: Ich war vor einigen Monaten zum Beispiel in den Räumen der Sigmund Freud Privatuniversität, die dort ja auch ihre Räume hat. Da geht man durch und sieht: Die Hälfte dieser Räume geht in den Hangar hinein. Das ist nett und interessant, aber ohne Tageslicht, ohne zureichende akustische Bremse für das, was im Hangar passiert. Das heißt: Wenn man so etwas zum reinen Verwaltungsobjekt machen wollen würde, wäre das gar nicht möglich; die Räume geben das nicht her. – Das ist so ein Beispiel dafür, was man da überhaupt auch mal wissen und kennenlernen muss, damit man versteht, was das Gebäude kann und was es nicht kann. Und erst dann kann ja eigentlich ein kompetenter Partizipationsprozess, bei dem alle mitdiskutieren können, losgehen.

Ich glaube, die nächsten Monate bieten eine phantastische Chance, das nachzuholen. Es läuft zum Beispiel Anfang Juni ein kleines Festival vor dem Gebäude, das Torhausfest – so ist es jetzt letztlich genannt worden – mit den ersten Möglichkeiten, dort zu sein und mal ein Gefühl dafür zu kriegen – allein schon bei den Außenanlagen, die sehr spannend sind –, was alles zu diesem Gebäude gehört.

Wo wir das Gefühl hatten, dass grundsätzlich in der Struktur etwas nachzubessern ist, war die Frage, wer eigentlich die Prozesslenkung macht. Ich habe ein Beispiel in der Stadt Wien gefunden, das ich sehr spannend finde – sie gilt als diejenige Stadt außerhalb der Schweiz mit ihrer direkten Demokratie, die äußerst erfolgreich und mit sehr viel Erfahrung Partizipation durchführt. Die haben ein Modell, bei dem sie klipp und klar sagen: Partizipation erkennt man daran, dass Bürgerinnen und Bürger plus Organisationen plus Fachöffentlichkeit plus Verwaltung plus Politik plus Unternehmen als Interessensträger an der Partizipation teilnehmen. Ich finde das ganz interessant, denn die sagen ganz explizit: Politik ist Teilnehmer an der Partizipation; auch die Unternehmen, auch die Verwaltung sind Teilnehmer an der Partizipation, sollten aber nicht Lenker sein. Dafür brauchen wir jemanden, der ganz unabhängig und eigentlich dem Thema gegenüber neutral ist. Ich bin überzeugt davon, dass der Partizipationsprozess sehr gut weiterlaufen könnte, wenn man sich dazu entschließen würde, dies nachzuahmen und einen neutralen Prozessbevollmächtigten zu beauftragen, das heißt, also nicht zum Beispiel der Tempelhof Projekt das Ganze zu übertragen – sagen wir mal neutral. Dieser neutrale Bevollmächtigte sollte, finde ich, zum Beispiel dem Senat rechenschaftspflichtig sein, aber sonst keinem. Dann kann er die Interessen wirklich ausgleichen und die verschiedensten Lebenswelten zusammenführen. Für uns ist das ein sehr wichtiger Punkt.

Als Zusammenfassung von allen Dingen, die uns aufgefallen sind, seitdem der Prozess gestartet ist, möchte ich die folgenden Punkte anmerken: Was wir brauchen, sind Transparenz und Klarheit für den Gegenstand der Partizipation – was bisher noch niemandem klar ist. Aus der Koalitionsvereinbarung leiten wir ab, dass es um die langfristige Nutzung des ganzen Gebäudes geht. Das müsste aber noch einmal klar gesagt werden, weil es da ganz unterschiedliche Vorstellungen gibt. – Dann, was ich gerade gesagt habe – die neutrale Verfahrensleitung; das brauche ich nicht zu wiederholen.

Die Arbeitsweise für das begleitende Gremium, das in diesem Verfahren Arbeitsgremium heißt, sollte noch einmal feingetunt werden, und zwar mit dem Ziel, dass sie ehrenamtlich Mitarbeitenden entgegenkommt. Und das wiederum sollte in einer Geschäftsordnung ganz klar und eindeutig festgelegt werden. Das war es bisher nicht; hat zu Verwerfungen geführt,

wie Frau Hanske sicherlich gleich ausführen wird. Das Vorbild für diese Empfehlung liegt übrigens im Berliner Leitlinienprozess – also dem Prozess, der sich mit den künftigen Verfahren beschäftigt –, da steht es schon drin. Man kann das eigentlich bei unserem Beispiel Flughafengebäude umsetzen, und ich schätze, das wird einen richtig großen Fortschritt bringen.

Wie wäre es mit dem Vorschlag, die Sitzungen des Arbeitsgremiums grundsätzlich öffentlich zu machen – ohne Rederecht für diejenigen, die nur zuhören, aber öffentlich? Und dann würde ich auch Sie herzlich einladen, einmal vorbeizukommen. Ich glaube, das könnte – wenn es gut läuft – eine sehr spannende Sache werden.

Was bisher gefehlt hat, ist eine wirklich engagierte Öffentlichkeitsarbeit mit einer möglichst breiten und vielfältigen Ansprache der Berlinerinnen und Berliner. Das heißt: Es sollte selbstverständlich sein, dass die großen Tageszeitungen, das Lokalradio und Lokalfernsehen angesprochen werden, dass Social Media bedient werden. Man glaubt es nicht: Das ist in den neun Monaten, in denen das Verfahren offiziell gelaufen ist, nicht geschehen. Mir ist es mal passiert, dass ich in einem Jugendzentrum zwei Straßen weiter vorgesprochen habe, weil meine Initiative ein eigenes Projekt „Jugendpartizipation“ gestartet hat und ich denen das vorstellen wollte. Und die sagten: Was? Flughafengebäude? Beteiligungsverfahren? Wie kommt es, dass wir nichts davon gehört haben? Wie wohnen nur 200 Meter weiter! – Das zeigt so ein bisschen die Dimension dessen, was da bisher an Potenzial noch nicht genutzt wurde.

Was der hoffentlich künftig völlig unabhängige Verfahrensbeauftragte noch machen sollte: Er sollte ein Repertoire an Formaten haben, die echte Diskussionsangebote und kooperative Aushandlungsprozesse haben. Was wir bisher hatten, waren fast ausschließlich Informationsformate. Information ist keine Partizipation – Partizipation ist kooperativ, aber nie nur Information; Information ist die Vorstufe.

Was mir noch am Herzen liegt: Ich finde, die parlamentarische Demokratie ist der Mittelpunkt und muss durch Partizipation ergänzt werden. Deshalb würde ich mir auch sehr wünschen, dass die Entscheidungen, die am Schluss über das Ergebnis der Partizipation getroffen werden, entweder von der Abgeordnetenkammer oder vom Senat oder von beiden getroffen werden. – Das wären meine Anliegen, und ich möchte Sie noch einmal einladen, im Juni vorbeizukommen. Ich habe auch ein bisschen Infomaterial über die Arbeit, die wir bisher gemacht haben, hiergelassen, um die Diskussion von unserer Seite anzutreiben, soweit es geht. – Danke schön!

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Vielen Dank! – Dann bitte ich Herrn Deitmar um sein Statement.

Christof Deitmar (IHK Berlin): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Frau Staatssekretärin! Frau Senatsbaudirektorin! Liebe Abgeordnete! Ich bedanke mich dafür, dass wir die Gelegenheit haben, heute hier zu sprechen! Es hat uns aber, ehrlich gesagt, ein bisschen verwundert, dass wir die Einladung erhalten haben, weil wir als IHK zwar die Gesamtinteressen der Berliner Wirtschaft vertreten, aber in diesem speziellen Gremium nicht mit dabei sind und auch nie zur Mitarbeit aufgefordert wurden. Daher sehe ich es mal als Gelegenheit, dass ich aus Sicht der Berliner Wirtschaft ein bisschen darstellen darf, welche Vorstellung wir für das Gebäude und die Nutzung haben würden.

Unserer Auffassung nach wäre es sehr gut, wenn möglichst schnell in das Gebäude investiert würde, sodass tatsächlich Flächen zur Verfügung stehen würden, die für wirtschaftliche, aber auch kreativwirtschaftliche Nutzung zur Verfügung stehen könnten und da dann unter Berücksichtigung der gesamten Wertschöpfungskette. Das heißt, es könnten Flächen jeglicher Größe – von 5 bis 2 000 Quadratmetern – vorstellbar sein, die von der öffentlichen Hand so vorbereitet werden sollten, dass sie für mögliche Nutzer schnell mietbar wären und zur Verfügung stehen, die flexibel in ihren Grundrissen wären und verschiedenen Unternehmen und verschiedenen Entwicklungsstufen aus verschiedenen Branchen zur guten Kooperation zur Verfügung stehen könnten.

Wir haben erfahren, dass das City-Lab der Technologiestiftung und von Berlin Partner demnächst – ich glaube, im Juni – in den Flughafen Tempelhof einzieht. Das ist ein schönes Beispiel für interdisziplinäres Zusammenarbeiten, zeigt aber auch, dass Kreativwirtschaft nicht nur auf das klassisch Kreative beschränkt ist, sondern sich auch mit Forschung, Wissenschaft, Auseinandersetzung mit urbanen Technologien beschäftigt. Wir finden eigentlich sehr gut und meinen auch, dass Projekten wie dem City-Lab dort Möglichkeiten zur Verfügung gestellt werden müssen, wie zum Beispiel Kooperationen mit Wissenschaftseinrichtungen oder das Bauen von Nullserien oder Prototypen, die man am Standort erstellen oder testen kann. Es wäre sehr schön, wenn man da so einen Grundstock an Raumangebot hätte, um diese Nutzungsvielfalt zulassen zu können.

Den Rückblick auf die wissensbasierte Nutzung habe ich vor allen Dingen aus der Erfahrung heraus gezogen, dass der Flughafen Tempelhof jetzt ja auch ein Zukunftsort ist, und ein Zukunftsort definiert sich im Grunde so, dass dort auch wissensbasierte, innovationsgetriebene Produkte hergestellt, entwickelt, erdacht und dann im Zusammengriff mit Unternehmen und Wissenschaftseinrichtungen Netzwerke vor Ort gefördert werden.

Der neue StEP Wirtschaft, der zwar vom Senat beschlossen, aber noch nicht in Gänze öffentlich zugänglich ist – aber wir waren als IHK im Begleitgremium tätig; deshalb kann ich ein bisschen etwas über die Inhalte sagen –, definiert eine neue, aktive Ankaufspolitik, Liegenschaftspolitik des Senats zusammen mit einem Gewerbehofkonzept. Ich finde, vor dem Hintergrund der großen Flächennot – also die Suche nach Flächenpotenzialen von Unternehmen aller Branchen und Zuschnitte – bietet Tempelhof vielleicht eine gute Möglichkeit, ein erstes Modellprojekt für ein Gewerbehofprojekt unterzubringen. Die Vorteile lägen auf der Hand: Es ist ein landeseigenes Grundstück, das da ist. Es gibt den Willen im StEP Wirtschaft, dies jetzt anzugehen. Es ist verkehrsgünstig gelegen; es gibt verschiedene Raumzuschnitte. Wir haben eben mehr und mehr die Problematik, dass in zentralen Bereichen der Stadt immer weniger Flächen zur Verfügung stehen, gerade für Dienstleistungen, handwerkliche Dienstleistungen, aber eben auch für Kreativwirtschaft.

Zur Zusammenarbeit in Gremien kann ich sagen, dass wir als IHK im Begleitgremium der Zukunftsorte sind, in dem ja auch Tempelhof vertreten ist. Da hat es aber noch keinen Sitzungsschwerpunkt Zukunftsort Tempelhof gegeben. Wir finden, dass Tempelhof ein sehr wichtiger, zentraler Ort ist, gerade als neues Flächenpotenzial für Gewerbe, und wir würden uns wünschen, dass man dem etwas mehr Aufmerksamkeit gibt. Wir stehen für Mitarbeit in Gremien jederzeit gern zur Verfügung. Uns als IHK liegt die Kreativwirtschaft auch am Herzen – von unseren rund 300 000 Mitgliedsunternehmen sind 37 000 Unternehmen, die der Kreativwirtschaftsbranche in all ihren Facetten zuzurechnen sind –, und wir betreiben neben

unserem Ausschuss für Creative Industries auch einen Arbeitskreis für Stadtentwicklung und Kreativwirtschaft, wo sich die Unternehmen der Bau- und Immobilienbranche mit der Kreativwirtschaft zusammenschließen, sich regelmäßig Best-Practice-Beispiele wie jüngst das RAW-Gelände in Friedrichshain anschauen. Die haben auf Nachfrage und Druck der Unternehmen gesagt: Mensch, was läuft denn eigentlich in Tempelhof? – Die sind jetzt gerade dabei, für ihre nächste Sitzung im Juni oder Juli die Arbeitskreissitzung im Flughafengebäude Tempelhof stattfinden zu lassen, damit sie sich aus Sicht der Unternehmen über die Möglichkeiten informieren können. – Vielen Dank!

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Vielen Dank! – Jetzt Frau Hanske, bitte!

Juliane Hanske (Arbeitsgremium Zukunft Flughafen Tempelhof): Hallo! Ich habe heute Morgen einen kleinen Text zusammengefasst, der ein bisschen beschreibt, was im letzten Jahr eigentlich passiert ist und was die größten Herausforderungen waren – damit Sie so ein bisschen ein Gefühl dafür kriegen, wie der Prozess vielleicht auch anders weitergehen könnte. Ich werde diesen Text jetzt einfach vorlesen. Ich habe versucht, ihn möglichst sachlich und ehrlich zusammenzufassen, so wie ich den Prozess in den letzten Monaten erlebt habe. Diese Zusammenfassung ist nicht als Vorwurf zu verstehen, denn ich denke, dass es hier keinen Schuldigen gibt, sondern eine Verkettung von Unklarheiten und Herausforderungen. Alle haben gekämpft, Erfahrungen gesammelt, und auch wenn das Miteinander nicht immer leicht war, sind doch alle einen gemeinsamen Weg gegangen, und jetzt wissen wir sehr viel genauer, wie der Prozess künftig aussehen sollte, damit er funktioniert.

Punkt 1 – unklare Aufgabe des Arbeitsgremiums, unklare Zielsetzung: Wir haben extrem häufig über Formate, Zielgruppen, Zeitstrahlen und darüber diskutiert, was eigentlich unsere konkrete Aufgabe sein sollte – die war bis zum Schluss nicht klar. Sollten wir Leitlinien entwickeln, Vergabekriterien, Formate, die zu Leitlinien führen sollten? Leitlinien – worüber eigentlich? Über das gesamte Gebäude? Nur über einen Teil des Gebäudes? Im Koalitionsvertrag steht, dass das Nutzungskonzept partizipativ entwickelt werden soll, aber parallel sind bereits Teile des Gebäudes verplant. – Das waren unsere täglichen Diskussionen, um erst einmal den Auftrag zu verstehen. Der Partizipationsgegenstand war nicht klar; aber das war wiederum uns überhaupt nicht klar, und das haben wir erst im Lauf der Monate herausgefunden.

Wir haben extrem viel über Formate gesprochen und uns überlegt, was funktionieren könnte, bis wir irgendwann einmal an dem Punkt waren und uns gefragt haben, warum wir eigentlich so aufwendige Formate entwickeln sollen, wenn es doch eine Agentur gibt, die damit richtig Erfahrung haben sollte. Wir wollten uns ursprünglich alle sechs Wochen für zwei Stunden treffen; so war der Auftrag. Relativ schnell haben sich die Bürgervertreter jede Woche getroffen, extern, teilweise sogar zweimal pro Woche, weil wir in den offiziellen Sitzungen gar nicht zu den Inhalten gekommen sind und uns immer wieder in der Diskussion über das Ziel und die Aufgabe des Arbeitsgremiums und der Agentur verloren haben. Wir haben uns dann extern in die Ideensammlung von Frau Bodenmeier eingearbeitet; wir haben Zielgruppen und Themen erarbeitet, die man öffentlich mit den Bürgerinnen und Bürgern diskutieren sollte, und diese Inhalte haben wir dann immer an das Arbeitsgremium zurückgespiegelt, damit man damit weiterarbeiten kann.

Die Formate, die es im Laufe des Prozesses gab, waren nicht wirklich gut. Wir hatten ja auch kaum Zeit, sie vorzubereiten. Es gab Beteiligungsveranstaltungen, die von den Bürgerinnen und Bürgern überwiegend als Informationsveranstaltungen wahrgenommen wurden – nur Zettel an Pinnwände zu kleben, ist keine Beteiligung. Da hätte einfach mehr von der Agentur kommen müssen.

Ein Beispiel für unklare Aufgaben des Arbeitsgremiums – damit Sie sich das bzw. das Fehlen einer Prozessstruktur besser vorstellen können – war der Tag der offenen Tür 2018: Wir hatten im Arbeitsgremium allein drei Sitzungen, um uns zu überlegen, welches Format wir dort umsetzen können, wie die graphische Umsetzung von Plakaten aussieht, wie der Stand am besten gebaut werden sollte – was alles eigentlich keine Aufgabe des Arbeitsgremiums sein sollte – und welche Fragen wir den Bürgerinnen und Bürgern stellen sollten, um nicht noch mehr Ideen zu bekommen, sondern endlich mal ein Wie – wie man hier etwas umsetzen könnte. Es war außerdem nicht so richtig klar, wie das Geld für die Formate des Arbeitsgremiums ausgegeben werden kann, wer dafür die Ausschreibungen machen soll: Soll das Tempelhof Projekt machen? Oder soll das in Absprache mit dem Arbeitsgremium passieren? – Das wäre zeitlich alles niemals möglich gewesen.

Wir haben dann zum Beispiel einen Vorschlag für ein Format gemacht, dass wir filmisch Umsetzungsideen der Bürgerinnen und Bürger und der Politik einfangen wollen, zum Beispiel am Tag der offenen Tür. Das fanden alle toll, und wir haben immer wieder darüber diskutiert, wie man das finanzieren könnte. Am Ende hat dieses Format am Tag der offenen Tür wirklich stattgefunden, und wir, die Bürgerinnen und Bürger, haben den Kameramann, den Cutter und die Transkription selbst bezahlt, obwohl der Tag der offenen Tür 400 000 Euro gekostet hat.

An dieser Stelle ist zu sagen: Das ist wieder kein Vorwurf. Das ist nur ein Beispiel, wie vieles schief lief, weil es bis dahin gar keine Strukturen für die Partizipation gab. Soweit ich weiß, hatte TP – also Tempelhof Projekt – damit keine Erfahrungen. Die Agentur schien auch ziemlich ziellos herumzuirren, und wir Bürgerinnen und Bürger haben damals ebenfalls ziemlich planlos begonnen, denn auch wir haben ja vorher noch nie Formate für Partizipation entwickelt. So waren eigentlich alle Akteure im Arbeitsgremium ein wenig planlos und ziellos, und wir haben irgendwie versucht, uns erst einmal den Plan und das Ziel zu erarbeiten – das wurde uns im Laufe des Prozesses aber alles erst klar. Jetzt wissen wir eine ganze Menge mehr und sollten dringend vor dem weiteren Prozess alle noch einmal zusammensitzen und genau analysieren: Was waren die Schwierigkeiten? Was kann in Zukunft anders laufen? Und vor allem: Was muss die neue Begleitagentur können und mitbringen?

Der nächste Punkt: die Komplexität des Gebäudes. Das Gebäude ist so komplex, dass wir viele Sitzungen gebraucht haben, um zu verstehen, was hier eigentlich machbar ist und was nicht. Bisher gehen noch sehr viele Menschen davon aus, dass dieser Ort zeitnah nutzbar ist und man Räume bekommen könnte. Auch wir haben das gedacht und erst in vielen langen Sitzungen gelernt, was hier eigentlich Brandschutz, fehlende Baugenehmigungen und Denkmalschutz bedeuten. Diese Informationen müssten dringend ganz klar und strukturiert an die Öffentlichkeit.

Wir haben dann zwischendrin eine umfangreiche Führung eingeschoben, um überhaupt einmal zu erleben, wovon wir sprechen. Ab der fünften Sitzung haben wir darüber gesprochen, dass Anfang 2019 Flächen für die Zwischennutzung zur Verfügung gestellt werden könnten,

und dann mussten wir uns damit auseinandersetzen, wie Zwischennutzung aussehen könnte: Gibt es Konzeptverfahren für Flächen? Wie lange sollte so eine Zwischennutzung dauern, usw.? – Das sind eigentlich alle Aufgaben, die wiederum nicht ins Arbeitsgremium gehören; aber auch das wussten wir alle nicht. Seit Kurzem ist relativ klar, dass die Flächen für eine Zwischennutzung kaum zur Verfügung stehen, weil der bauliche Zustand einfach so schlecht ist.

Der nächste Punkt – fehlende oder mangelhafte Öffentlichkeitsarbeit: Von der ersten Sitzung an haben wir Bürgervertreter/-innen immer wieder angesprochen, dass es kaum Öffentlichkeitsarbeit zum Prozess gibt und kaum einer in Berlin etwas davon weiß. Wir haben Anregungen gegeben, wie man im Jahr 2019 Öffentlichkeitsarbeit umsetzen könnte, welche Kanäle man nutzen könnte, um mehr Menschen, vor allem junge Menschen zu erreichen. Diese Öffentlichkeitsarbeit fand gefühlt nicht statt. „Gefühlt“ sage ich deshalb, weil ich nicht unterstellen möchte, dass sie nicht stattfand. Ich weiß, Tempelhof Projekt hat einen Verteiler und eine Website und verschickt auch regelmäßig Newsletter. Aber bei uns ist einfach nicht viel davon angekommen, obwohl wir ja eigentlich schon viel auf den Prozess schauen. Hier stellt sich für mich die Frage: Wer ist denn eigentlich zuständig für Öffentlichkeitsarbeit der Bürgerbeteiligung? Müsste da die Agentur wieder einen Plan haben? Oder sollte das Tempelhof Projekt machen? – Dann brauchen die dafür aber noch mal eine externe Stelle, weil ja da schon alle gefühlt zwei Vollzeitstellen haben.

Am Ende war es dann so, dass wir Bürgerinnen und Bürger im Arbeitsgremium angefragt haben, ob wir selbst die Infos nach draußen geben dürfen, und als wir dann das offizielle Okay bekommen haben, haben wir einen Blog auf der Seite von Mehrwertvoll e. V. angefangen. Wir haben angefangen, Menschen einzuladen. Wir haben auf nebenan.de angefangen, 4 000 Nachbarn rund um das Gebäude zu informieren. Wir haben eine Facebook-Gruppe „Bürgerbeteiligung THF“ gegründet, und wir haben alle diese Kanäle immer wieder gespielt – ehrenamtlich. Dort haben wir Informationen veröffentlicht, was der aktuelle Stand der Arbeit des Arbeitsgremiums ist, wie man sich beteiligen kann, wann Veranstaltungen stattfinden usw. Formate wie eine Abstimmung auf mein.berlin.de, an denen 50 Personen teilnehmen, sind keine Partizipationsformate des 21. Jahrhunderts. So erreicht man keine Menschen und schon gar nicht die jungen Leute, die es hier so dringend braucht, weil sie die nächsten Jahre mit dem Gebäude leben müssen.

Der nächste Punkt – fehlende Transparenz: Ab Sitzung 5 – das war am 24.09.2018 – war uns klar, dass es hier größere Herausforderungen gibt und dass einer nicht weiß, was der andere tut. Wir hatten begriffen, dass es verschiedenste Gremien und Gruppen gibt, die alle an ähnlichen Themen arbeiteten, und ab hier haben wir gefordert, diese Gremien zu vernetzen und sich Arbeitsergebnisse rückzuspiegeln, damit wir alle in eine Richtung arbeiten. Das ist dann im Laufe der Monate auch ganz langsam begonnen worden; es gab gemeinsame Sitzungen mit dem Beirat. Eine geforderte Sitzung mit Arbeitsgremium, Beirat und Aufsichtsrat gibt es allerdings bis heute nicht. Zwischendurch war im Arbeitsgremium auch Michael Schindhelm Thema, der eine kulturelle Konzeption für den Ort beisteuern sollte; und auch hier war uns wichtig, ihn zu treffen, damit wir Verknüpfungen herstellen können. Wie Sie sich vorstellen können, hat das alles extrem viel Zeit gekostet, was eigentlich nicht viel mit unserem Auftrag zu tun hatte.

Wir wissen bis heute auch nicht, warum die Agentur gekündigt hat. Es gab da anscheinend einen Empfehlungsbrief an Frau Lüscher, aber wir durften ihn bisher nicht lesen. Wir hätten schon gern gewusst, warum die Agentur gekündigt hat – nicht um einen Schuldigen zu finden, sondern um zu schauen, was man beim künftigen Prozess besser machen könnte.

Nächster Punkt – fehlende Legitimation: Uns war von Anfang an unklar, welche Legitimation das Arbeitsgremium eigentlich hat. Wie wichtig ist das Arbeitsgremium? An welcher Stelle steht es? Wer entscheidet über das Arbeitsgremium hinweg usw.? Es gab immer wieder Momente, in denen die Agentur und Tempelhof Projekt sich in ihren Jours fixes extern besprochen und sich auch über Entscheidungen des Arbeitsgremiums hinweggesetzt haben. – Auch das ist wieder kein Vorwurf. Wir haben das Thema Legitimation oft miteinander diskutiert, und wir wussten alle keine Antwort darauf, wer am Ende wirklich legitimiert ist und Entscheidungen zu treffen hat; das müsste man vorher klären. Auch haben wir immer wieder gefragt, was denn am Ende mit den Leitlinien passiert, wenn wir sie mit den Bürgerinnen und Bürgern erarbeitet haben, wer darüber entscheidet. Auch darüber gab es keine zufriedenstellende Antwort.

Nächster Punkt – Personalmangel Tempelhof Projekt: Wenn ich nach meinem Gefühl das letzte Jahr zusammenfassen soll, dann würde ich sagen: Tempelhof Projekt hat diese Partizipation als zusätzliche Aufgabe bekommen, ist aber personell schon mit den Herausforderungen des Gebäudes gar nicht ausreichend aufgestellt. Das Gebäude und der Prozess sind einfach so komplex, dass es dafür viel mehr Personal braucht. Auch die Beteiligungsagentur muss sich vorher auf die Komplexität und die Besonderheit des Orts einstellen, auf die vielen Diskussionspunkte und Herausforderungen. Ich glaube, auch hier ist es eine Frage des Geldes, wie gut sich so eine Agentur für den Prozess aufstellen kann.

Letzter Punkt – die Zukunft des Arbeitsgremiums: Wie geht es weiter? – Aktuell pausiert der Prozess ja, und es ist nicht klar, ob das Arbeitsgremium überhaupt weiterarbeiten wird. Was ich aber weiß, ist, dass wir mittlerweile ein extrem komplexes Wissen über diesen Ort haben, über die Herausforderungen, über die meisten Akteure, die hier etwas umsetzen wollen, und darüber, wie der Prozess aussehen sollte. Parallel sind mehrere von uns in verschiedenen Bürgerinitiativen vertreten, die hier am Flughafen den „Summer of Participation“ umsetzen wollten. Dieser sollte ursprünglich eine Ergänzung zum laufenden Prozess werden, indem wir mit den Bürgerinnen und Bürgern Berlins und mit Experten für Stadtentwicklung Dinge in der Praxis erproben, Themen diskutieren, den Ort entdecken und gemeinsam kreative Lösungen für bestehende Herausforderungen finden. Dieser Sommer wird nun tatsächlich von SenStadt und SenKultur unterstützt, und da der Prozess aktuell offiziell pausiert, heißt er nicht mehr „Summer of Participation“, sondern wird ein Sommer der Kunst, der Kultur, der Experimente und des Austauschs und Lernens von anderen Projekten. Es soll ein Sommer sein, der auf den künftigen Prozess vorbereitet und Öffentlichkeit schafft. Der Träger des Projekts ist Mica Moca, und er arbeitet mit dem Zusammenschluss unserer Initiativen zusammen, die sich für die Entwicklung des Flughafens einsetzen.

Zum Schluss möchte ich Sie noch alle einladen, uns während des Torhausfests im Juni einmal im Torhaus zu besuchen oder zu einer unserer Veranstaltungen zu kommen und das Ganze mit uns zu entwickeln. – Danke schön!

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Vielen Dank! – Zum Schluss noch Frau Heim-Wenzler. – Bitte!

Jutta Heim-Wenzler (Tempelhof Projekt GmbH): Herzlichen Dank! – Wir haben jetzt einiges über die Problemstellungen des letzten Jahres gehört. Ich will noch mal ein bisschen weiter ausholen: Der Flughafen Tempelhof ist ein Großprojekt mit etwa 300 000 Quadratmetern Bruttogeschosfläche, ein Projekt, das vor 80 Jahren geplant und mit dessen Bau begonnen wurde und das meines Erachtens bis heute nicht fertiggestellt wurde. In Teilen wurden nach dem Krieg Flächen unterschiedlichster Art aktiviert. Aber im Grunde ist es ein Großprojekt, das nicht fertiggestellt wurde und sich in einem baulich sehr labilen Zustand befindet. – Das muss man ein Stück weit mit zur Kenntnis nehmen, wenn man über den Flughafen Tempelhof spricht; Frau Hanske hat es ja in Teilen auch schon erwähnt.

Was wir im Moment als Gesellschaft machen, ist neben der Partizipation – und es ist ganz richtig, das ist eine Zusatzaufgabe –, dass wir den Flughafen entwickeln und sanieren wollen, und das alles unter laufendem Betrieb. Das heißt: Wir machen viele Dinge. Wir haben Flächen vermietet – etwa ein Viertel der Flächen ist vermietet; in großen Teilen reine Verwaltungsnutzung –, und diese Flächen müssen wir erst betriebssicher herstellen. Wir haben jährlich etwa 5 000 Havarien, das heißt, unsere Leute sind hauptsächlich damit beschäftigt und bekommen das nur unter erschwerten Bedingungen gestemmt.

Wir machen neben der Vermietung Events auf 55 000 Quadratmetern, und wir haben neben dem Viertel, das vermietet und in Nutzung ist, noch mal ein Viertel als mögliche Baureserve, also als mögliche Ausbaufächen, die man für unterschiedlichste Nutzungen entwickeln könnte. Das gemeinsam zu entwickeln – wofür denn? –, das ist vielleicht auch ein ganz großes Thema.

Was wir auch zunächst entwickeln müssen, ist die Grundlagenarbeit. Viele Grundlagen fehlen. Wir haben durch das nie fertiggestellte Gebäude auch die Grundlagen nie so ermittelt, dass man damit arbeiten könnte. Wir haben bei beiden Vorrednerinnen gehört, dass das auch für den Partizipationsprozess ein Thema ist, dass das fehlt. Das fehlt uns als Gesellschaft, die für das Gebäude zuständig ist und für die Sanierung und das Funktionieren der genutzten Flächen Verantwortung trägt. Aber genauso fehlt das im Partizipationsprozess, denn nur darauf kann man aufbauen.

Wie haben wir den Partizipationsprozess begonnen? – Wir haben ihn eigentlich bereits im November 2017 mit unserem ersten Tag der offenen Tür begonnen. Wir hatten dort über 20 000 Besucher und haben in der Haupthalle eine große Befragung zur Nachnutzung durchgeführt. Wir haben dann etwa 600 Beiträge ausgewertet, und diese Auswertung deckt sich eigentlich mit dem, was im Koalitionsvertrag vereinbart wurde. Ich spreche es ganz kurz an – zum einen eine Atmosphäre der Ermöglichung schaffen. Der Flughafen ist etwas ganz Einmaliges, und dieser Einmaligkeit sollte man Rechnung tragen. Die Nutzung muss aufgeschlossen sein; man muss vieles zulassen können, Experimentelles zulassen, aber auch der Geschichte Raum geben und am Ende einfach mal machen und machen lassen. – Das waren so die grob geordneten Themen; das war die Abfrage aus dem Tag der offenen Tür. Dann haben wir noch eine Online-Abfrage bis Anfang 18 durchgeführt, und diese Auswertung führte dann zu diesen Ergebnissen.

Daraufhin haben wir mit diesen Ergebnissen eine Bürgerveranstaltung am 8. Mai durchgeführt, um die Ergebnisse vorzustellen. – Aber Sie haben schon recht: Das ist natürlich alles erst mal Einsammeln und Information. – Wir haben in dieser Bürgerveranstaltung dann abgefragt, wer Interesse hätte, an einem Arbeitsgremium teilzunehmen. Aufgabe dieses Arbeitsgremiums sollte es sein, den weiteren Partizipationsprozess oder den Weg der Partizipation – wie könnte er sich darstellen? – gemeinsam zu entwickeln.

Meines Erachtens gibt es kein vergleichbares Projekt, an dem Partizipation durchgeführt wird. Es ist ein riesengroßes Gebäude, das die Größe eines Stadtteils hat, das in großen Teilen unter Betrieb ist, also dauervermietet, wo in zeitlich begrenzten Teilen Events durchgeführt werden und bis zum Jahresende auch noch die Flüchtlingsunterbringung in Teilen am Standort stattfindet. Es findet sehr vieles statt; gleichzeitig müssen wir die Balance halten, dass es überhaupt betriebsfähig bleibt. Das wird immer schwieriger, je älter das Gebäude wird. Das Gebäude sieht von außen stabiler aus, als es tatsächlich ist, und die Kenntnis hat jeder, der sich längere Zeit mit dem Gebäude beschäftigt; das erschließt sich aber keinem sofort. Zunächst einmal wirkt alles sehr stabil, und man denkt, man könnte doch die Flächen mit einfachen Möglichkeiten in Nutzung bringen. Erst wenn man sich intensiver damit beschäftigt, lernt man, dass das unter verschiedenen Kriterien nicht geht, weil es keine Brandabschottungen gibt – und damit das Projekt eigentlich so überhaupt nicht in Betrieb gehalten werden kann – und die Tragfähigkeit in großen Teilen unbekannt und auch nicht geprüft ist. Das sind alles Themen, die erarbeitet werden müssen, die aber natürlich auch Grundlage für einen Partizipationsprozess sein müssen.

Ich bin jetzt etwas abgewichen; ich wollte eigentlich mit dem Arbeitsgremium weitermachen: Das wurde dann gebildet und hat sich tatsächlich mit dem Thema beschäftigt, wie Partizipation stattfinden kann. Zum Dienstleister – darüber haben wir schon einiges gehört; da sind wir, glaube ich, alle derselben Meinung: Das war nicht so optimal, wie man es sich vorgestellt hätte – aber eben auch unter erschwerten Bedingungen. Ich würde es so sehen: Wir haben die Partizipation an diesem Standort und unter diesen Bedingungen als Experiment gestartet und in diesem Experiment zunächst einmal ganz viel dazugelernt. Diesen Lernprozess müssen wir jetzt nutzen, um die Partizipation weiterzuentwickeln und vielleicht auch mit externer Hilfe und Begleitung weiterzuführen. Wir haben vor, dass im Juni, Juli das Arbeitsgremium noch einmal tagt, um dort vielleicht auch noch mal die Ergebnisse zusammenzuführen, was in diesem Dreivierteljahr gelernt wurde, welche Erkenntnisse da sind und welche Vorschläge gemacht werden können, um den Partizipationsprozess unter diesen erschwerten, komplexen und sehr großen Bedingungen fortzuführen. Dabei hilft sicherlich auch diese Veranstaltungsreihe, die über den Sommer gestartet wird, wodurch eine breitere Öffentlichkeit angesprochen werden kann und vielleicht noch neue Ideen gesammelt werden.

Was noch nicht angesprochen war: Wir haben im September 2018 ein kleines Gebäudeteil, das Torhäuschen, der THF.Vision übertragen, eine Vertragsvereinbarung getroffen; es soll eine kleine Möglichkeit des Treffens und ein Schaufenster des Partizipationsprozesses sein. Wir könnten sicherlich noch weitere Flächen zur Verfügung stellen, aber es können eben nur Flächen genutzt werden, die wir betriebssicher anbieten können – das ist ein Problem – und die wir von den anderen Themenstellungen abtrennen können. Insofern kann das auch noch mal ein Thema sein, denke ich.

Ich glaube, wir haben wirklich ein Experiment mit der Partizipation an diesem besonderen Ort. Der besondere Ort verdient es, dass man die weitere Entwicklung partizipativ gemeinsam startet. Aber wir brauchen die Zielstellung, die strategische Ausrichtung. Auch für die Politik sind wir weiterhin Flächenreserve für viele Bedarfe, bzw. wir werden ein neues Konzept für die Zukunft entwickeln. Die Frage der Wirtschaftlichkeit und der Finanzierung der erforderlichen Sanierung müsste sicherlich auch geklärt werden.

Nicht zuletzt: Was schon angesprochen wurde, ist der Gegenstand der Partizipation. Kann sich Partizipation über das gesamte Gebäude erstrecken, oder werden Setzungen von der Politik weiterhin Bestand haben? – Beispiel Verwaltungsnutzung: Wir haben Flächen in Verwaltungsnutzung. Sind die weiterhin gesetzt, oder fließen sie auch in den Partizipationsprozess ein und werden auch noch einmal überprüft, auch auf die langfristige Wirtschaftlichkeit hin überprüft?

Vielleicht zum Abschluss selbstkritisch: Für die Gesellschaft haben wir erkannt, dass die Kommunikation, die Öffentlichkeitsarbeit ein ganz wesentlicher Punkt ist, wo wir deutlich mehr Kapazität hineingeben und überlegen müssen, wie wir die Öffentlichkeitsarbeit passend gestalten können. – Das ist vielleicht das, was Sie, Frau Hanske, angesprochen haben: dass es eine moderne Form der Öffentlichkeitsarbeit wird. – So viel von mir. Danke!

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Vielen Dank! – Dann beginnen wir mit der Aussprache. Der Senat bekommt jetzt das Wort.

Staatssekretärin Regula Lüscher (SenStadtWohn): Erst einmal vielen Dank dafür, dass dieses Thema hier einmal intensiv besprochen wird! Das bietet die Gelegenheit, einerseits darüber zu sprechen, wie komplex und herausfordernd der Standort Tempelhof über die Beteiligung hinaus ist, zweitens darüber, was eigentlich Standards von Beteiligungsprozessen sind, drittens, was diese Beteiligungsprozesse an Ressourcen und Finanzen brauchen, und viertens, was Beteiligungsprozesse als Grundlage von politischen Entscheidungen brauchen. Ich glaube, das ist schlussendlich der wesentliche Punkt.

Um ein wenig zusammenzufassen, was hier – aus meiner Sicht sehr zutreffend – in den Analysen der Beteiligten vorgetragen wurde: Ein wesentlicher Punkt ist schon, dass wir seit dem Start des Beteiligungsprozesses seitens der Gesellschaft nun wesentlich mehr Informationen über den Gebäudezustand haben. Wir haben diesen Beteiligungsprozess gestartet, als wir noch von anderen Voraussetzungen ausgegangen sind. Erstens war der Koalitionsvertrag Voraussetzung, der sagt, dass das ein Ort für Kreativwirtschaft sein soll. In der Zwischenzeit gibt es aber politische Diskussionen darüber, wie stark dieser Ort auch zu einem Verwaltungsstandort weiterentwickelt werden soll, obwohl ja bereits 60 000 Quadratmeter von den rund 80 000 möglichen Quadratmetern für Büronutzung durch Büronutzung genutzt werden. Das ist also ein sehr ausgeprägter Verwaltungsstandort; es muss auch Wissen vermittelt werden.

Das ist eine Grundlage, die sich in der Zwischenzeit ein wenig – wie soll ich sagen? – verselbständigt hat, und diese Grundlage muss wieder geklärt werden, damit Sie eine Grundlage für einen Partizipationsprozess haben. Das ist auch einer der Gründe, warum wir gesagt haben: Wir brauchen jetzt mal eine Pause! – Frau Hanske hat das sehr gut beschrieben: Bürgerinnen und Bürger werden sehr stark beansprucht in einem solchen Prozess, und da haben sie ein Anrecht darauf, dass die Rahmenbedingungen klar sind.

Die zweite Rahmenbedingung ist, dass insbesondere bei den Flächen, die heute vermietet sind, in der Zwischenzeit klar ist, dass sofort in Bezug auf Brandschutz und Standsicherheit nachgearbeitet werden muss. Das ist erst seit wenigen Tagen, würde ich fast sagen, so bekannt, und das bedeutet natürlich, dass Tempelhof Projekt die Ressourcen woanders jetzt sofort einsetzen muss, also dass wir auch in den Mittelzuweisungen, in den SIWANA-Zuweisungen jetzt noch mal über die Bücher gehen und überlegen müssen, wo wir Prioritäten setzen müssen. Das bedeutet natürlich auch in Bezug auf den Partizipationsprozess, ich sage jetzt mal, eine Störung, weil man die Rahmenbedingungen anpassen muss, und das sind wiederum die Rückmeldungen aus dem Beteiligungsprozess. Nicht nur Tempelhof Projekt und wir als Politik, sondern auch die Bürgerinnen und Bürger müssen wissen, was die Rahmenbedingungen sind. Wenn man plötzlich merkt, dass so und so viel Fläche gar nicht Teil eines Partizipationsprozesses sein kann, dann sieht dieser Prozess anders aus.

Der dritte Punkt wurde richtig formuliert und ist für mich jetzt, die ich ja relativ viele Beteiligungsprozesse begleite, auch eine Erfahrung – auch die Leitlinien für Bürgerbeteiligung kümmern sich um diesen Punkt –, nämlich die Frage, zu welchen Aufgaben und in welchen Verantwortlichkeiten Bürgerinnen und Bürger in solchen Beteiligungsprozessen zu motivieren sind. Es war von Anfang an ganz schwer, den Bürgerinnen und Bürgern klarzumachen, dass sie erst einmal in diesem Arbeitsgremium die Aufgabe haben, den Beteiligungsprozess zusammen mit Tempelhof Projekt und den Dienstleistern mit zu steuern. In der Regel engagieren sich Bürgerinnen und Bürger stärker für Inhalte – was ich übrigens auch nachvollziehen kann. Diese Konstruktion, dass man solche durch Bürgerinnen und Bürger besetzte Steuerungsgremien schafft, die den Partizipationsprozess kontrollieren – das hat ja etwas mit Transparenz zu tun –, das ist auch erst einmal richtig gedacht, damit da nicht irgendwie, keine Ahnung, entweder nur Verwaltung oder nur Tempelhof Projekt einen solchen Partizipationsprozess steuert und, ich sage jetzt mal, irgendwelche Formate vorschlägt, die aber vielleicht gar nicht diese Wirkung erzeugen können, die von Bürgerinnen und Bürgern vielleicht gewünscht werden. – Insofern ist es gut gedacht; in der Umsetzung ist es eine große Herausforderung.

Der fünfte Punkt ist: Es wurde hier mehrfach gefragt, warum jetzt auch der Dienstleister quasi nicht mehr in Arbeit ist. – Das hat schon damit zu tun, dass es unterschiedliche Vorstellungen zwischen Auftraggeber und Dienstleister gab, welche Rolle er in diesem Prozess zu spielen hat, und auch aus unserer Sicht das Arbeitsgremium zu viel, sage ich mal, Facharbeit leisten musste. So ein Arbeitsgremium kann das, was ihm vorgelegt wird, kommentieren, bewerten, auch zum Teil kritisieren und ergänzen. Aber ein Arbeitsgremium kann natürlich nicht Formate entwickeln. Also auch da eine Überforderung; das sehe ich genauso, wie das Frau Hanske und Frau Agthe beschrieben haben.

Nichtsdestotrotz: Wenn man jetzt auf dieses Jahr so zurückblickt, dann haben wir viel gelernt. Wir haben aber, glaube ich, auch gelernt, dass wir fast zu früh mit diesem Partizipationsprozess in Bezug auf das, was vorher an diesem Ort passiert ist, gestartet sind. Man darf nicht vergessen: Es gab schon einmal die Phase einer Entwicklung, eine Phase, in der auch Nutzungskonzepte erarbeitet wurden. Diese Phase wurde harsch unterbrochen durch die Umnutzung oder eher Zwischennutzung für die Unterbringung von Flüchtlingen. Das war nötig; das wird auch nicht kritisiert. Das war okay. Aber das hat natürlich einerseits diesen ganzen Entwicklungsprozess zum Erlahmen gebracht und zweitens das Gebäude in seiner Substanz mas-

siv überfordert. Die Alterung, die eh schon vorhanden ist, hat durch die Flüchtlingsnutzung zugenommen. Diese war ja dadurch geprägt, dass die Hangars, die für Außenklima geschaffen sind, für eine Nutzung plötzlich beheizt wurden usw. usf., wodurch bauphysikalische Probleme aufgetreten sind und die Substanz massiv gelitten hat, der Handlungsbedarf im Gebäude also noch größer wurde und Tempelhof Projekt auch, sage ich mal, in diesem Havarie-Management, das Frau Heim-Wenzler beschrieben hat, extrem gefordert hat. Dadurch haben auch die nötigen Ressourcen für einen professionell begleiteten Partizipationsprozess einfach gefehlt.

Es war aber auch zu früh, weil wir das nötige Wissen über den Zustand des Gebäudes jetzt erst – und das ist noch nicht abgeschlossen – erarbeiten konnten, weil in der Zwischenzeit auch SIWANA-Mittel zur Verfügung standen. Das sind solche Dinge, die wir gelernt haben. Wir haben auch gelernt, dass wir die Gremien, die wir geschaffen haben, dass wir den Beirat, das Arbeitsgremium und eben auch den Aufsichtsrat – den gab es ja immer schon – stärker vernetzen müssen. Diese gemeinsamen Sitzungen habe ich immer als sehr positiv empfunden, weil sehr viele Synergien im Wissen, aber auch in den Zielrichtungen erkannt wurden. Dass das Zusammenführen mit dem Aufsichtsrat noch nicht stattgefunden hat, hat, ehrlich gesagt, schlicht und ergreifend mit den komplizierten Terminfindungen zu tun. Das ist also nicht böser Wille, sondern wir haben es tatsächlich noch nicht geschafft, einen gemeinsamen Termin zu finden. Das wird aber stattfinden.

Wir werden den Sommer nutzen, um einen detaillierten Rückblick zu machen, was gut lief, was wir anders tun müssen, und insbesondere auch, um das Wissen, das sich bei den Personen und Beteiligten im Arbeitsgremium angesammelt hat, für die Reflexion und das Neuaufsetzen eines Partizipationsprozesses zu nutzen. Was ich hier sicher sagen kann, ist, dass wir für diesen Prozess deutlich mehr Haushaltsmittel einsetzen werden müssen, weil es sich, wie gesagt, um ein Stadtquartier von 300 000 Quadratmetern handelt, das zwar äußerlich ein Gebäude ist, aber von den Flächen und der Komplexität her eigentlich ein großer Stadtteil ist. – So viel von meiner Seite.

Was ich noch sagen wollte: Ich möchte mich bedanken, auch in diesem Umfeld, für die Arbeit aller Beteiligten, insbesondere bei der Tempelhof Vision und dem ganzen Kreis des Arbeitsgremiums, aber auch für die Arbeit von Tempelhof Projekt und die Arbeit meiner Verwaltung. Ich glaube, wir haben uns wirklich mit Herzblut gerieben und eingesetzt; das war nicht das Manko dieses Prozesses. Das gibt mir, ehrlich gesagt, auch Energie und Zuversicht, dass wir das, wenn wir zusammenbleiben, auf einen guten Weg bringen. Aber wir brauchen etwas mehr Geduld; das haben wir jetzt auch erkannt.

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Vielen Dank! – Dann komme ich jetzt zur Redeliste, und als Erste steht da Frau Böcker-Giannini. – Bitte!

Dr. Nicola Böcker-Giannini (SPD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich möchte mich erst einmal bei den Anzuhörenden für die Ausführungen bedanken und natürlich auch bei denen, die als Ehrenamtliche viel Zeit und – wie Sie, Frau Hanske, eben gesagt haben – auch Geld in den ganzen Prozess gesteckt haben. Ich glaube, das kann man hier so deutlich sagen, dass das wirklich ein Engagement ist, das absolut zu würdigen ist.

Was wir hier deutlich gesehen haben und auch aus den Ausführungen sehr deutlich hören konnten, ist, glaube ich, wie komplex das Gebäude auf der einen Seite ist, aber eben damit auch der ganze Prozess der Beteiligung auf der anderen Seite. – Sie haben es gerade, Frau Regula Lüscher, schon gesagt, wie viel wir eigentlich jetzt erst gelernt haben im Lauf der Zeit, was von vorneherein gar nicht klar war. Ich glaube, das ist hier jetzt auch noch einmal deutlich geworden, und auf dem Tisch liegt jetzt, was nicht funktioniert hat. Dass eben die Verzahnung zwischen bürgerschaftlichem Engagement und Verwaltung erst einmal gelernt werden muss, ist, glaube ich, auch deutlich geworden, und dass sich das zurechtrucken muss.

Jetzt, denke ich, ist es wichtig, nach vorne zu gucken und zu überlegen, wie man in Zukunft aus den Fehlern, die genannt wurden, lernen kann. In dem Zusammenhang hätte ich ein paar Fragen – die erste an Herrn Deitmar: Sie haben eben schon aus Sicht der IHK gesagt, was für Sie vielleicht spannend wäre. Ich würde jetzt gern wissen wollen, was denn aus Ihrer Sicht die Voraussetzungen sein müssen, damit Unternehmen, vielleicht auch Verwaltung, in den Gebäuden überhaupt sinnvoll arbeiten können – also räumlich, finanziell und was entsprechend alles dazugehört –, und wie Sie in den Prozess vielleicht eingebunden werden können. Es war ja Ihre Aussage, dass Sie das bisher nicht sind, wenn ich das richtig verstanden habe. Gibt es da vielleicht Anregungen und Anmerkungen von Ihnen?

Dann haben Sie, Frau Hanske, sehr eindrucksvoll, wie ich finde, geschildert, was alles nicht funktioniert hat. Jetzt würde mich natürlich interessieren, was geplant ist, was Sie absehen können. Ist das aus Ihrer Sicht ausreichend? Oder was ist es, was Sie sich noch zusätzlich wünschen würden, damit der Prozess in Zukunft besser verläuft?

Dann noch an Frau Heim-Wenzler: Es war der Presse zu entnehmen, dass die Online-Befragung, der Tag der offenen Tür und andere Formate nicht so glücklich verlaufen sind – so war jedenfalls die Aussage. Vielleicht können Sie dazu Näheres sagen und vielleicht auch, wie wir aus diesem Prozess für andere Prozesse lernen können – das ist ja hier durchaus eine Fragestellung – und welche Verbesserungen aus Ihrer Sicht möglich und notwendig sind. – Vielen Dank!

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Frau Radziwill, bitte!

Ulker Radziwill (SPD): Vielen Dank auch von meiner Seite! – Ich will zu dem Redebeitrag meiner Kollegin nur ergänzen: Ich bin aus den Äußerungen der ersten Anzuhörenden Frau Agthe hellhörig geworden. Sie haben die 17 Nachhaltigkeitsziele erwähnt, und da sind ja zum Beispiel auch Ziele drin wie Industrie, Innovation und Infrastruktur, nachhaltige Städte und Gemeinden, aber auch der 17. Punkt: Partnerschaften zur Erreichung der Ziele. Können Sie uns vielleicht kurz ausführen, welche Sie konkret meinten oder in welchem Bezug? – Ich finde die Erreichung der Ziele sehr wichtig. Ich finde es auch gut, dass das hier noch einmal Thema wird. – Mit Blick auf den Senat würde ich gerne die Frage stellen, inwieweit Sie diese Ziele im Blick haben.

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Vielen Dank! – Dann Notker Schweikhardt, bitte!

Notker Schweikhardt (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank, werte Anzuhörende! Das ist ja ein schon lange Berlin beschäftigendes Thema, und ich hätte ein paar relativ konkrete Fragen – vielleicht vorab, weil es am kürzesten geht: Herr Deitmar! Sie haben

gesagt, dass die IHK da kreativwirtschaftliche Formate unterstützen würde. Das hat sie nun in der Vergangenheit explizit nicht getan; also so etwas wie die DMY wurde von der IHK nicht unterstützt und ist deshalb auch nicht mehr existent. Was für Wirtschaftszweige sehen Sie denn da? – Denn, wenn ich, mit Erlaubnis der Vorsitzenden zitieren darf, in der Koalitionsvereinbarung steht:

Das Flughafengebäude bleibt in öffentlicher Hand und wird für kulturelle, kreativwirtschaftliche und öffentliche Nutzungen hergerichtet.

Der Flughafen ist wahrscheinlich ein gigantisches Geldgrab. Wenn ich richtig informiert bin, stand in dem Gutachten 2009, dass sich die Sanierungskosten auf über 400 Millionen belaufen. – Widerspreche Sie mir, aber ich gehe davon aus, dass wir jetzt bei einer Milliarde sind. – Ich verstehe auch nicht so ganz, wie man hofft, das nur über SIWANA lösen zu können, weil wir da nun nicht wissen, was damit in Zukunft passiert. Das ist eine Frage in Richtung Senat, warum das nicht im klassischen Haushalt verankert ist, denn wir haben nun das Ding, und das geht auch nicht weg.

Frau Heim-Wenzler! Sie haben das fehlende Gesamtkonzept angemahnt; sehr zu recht, finde ich. Was können wir denn da tun? Was sollten wir als Politik zuliefern, damit wir Ihnen über diesen doch sehr vagen Auftrag, den wir in den Koalitionsvereinbarungen festgelegt haben, etwas an die Hand geben können? – Ich bin auch sicher: Dieser Auftrag und dieses Konzept sind der Rahmen, in dem sich eine Partizipation nur verwirklichen lässt. – Was sind denn aus Ihrer Sicht Flächen, die bis dahin jetzt schon zwischengenutzt werden können? Gibt es überhaupt noch irgendwelche, oder sind die, die jetzt leer stehen, gar nicht betretbar? Was sind die schon definierten Sachen, die man so am Rande mitbekommt, also ein Fliegermuseum im Hangar 6, das Alliiertenmuseum im Hangar 7, die DFFB im Hof 2? Und was ist mit Bestandsmietern wie den Silverwings? Müssen die demnächst zumachen, weil das Dach saniert wird und dann Schadstoffe herauskommen? Oder bleibt uns so etwas erhalten?

Wir haben ein paar Nutzer, die so ein bisschen reingerutscht sind. Wenn ich mir Exozet angucke – ich finde es ja schön, dass die digitalen Inhalte für den Springer-Konzern bei uns erstellt werden, aber da wurde der Denkmalschutz ein Stück weit mit Füßen getreten; da fehlen ja ganze Wände. Inwieweit ist das für die Zukunft ausgeschlossen? Oder kann das noch passieren? – Und wenn wir von einer Zwischennutzung sprechen: Wo liegt denn möglicherweise so ein Mietzins? Was zahlt denn ein Dauermieter wie die Polizei im Verhältnis zu einem Event? Wie weit sind die Verhandlungen mit dem Alliiertenmuseum? Gibt es da schon etwas? Und was werden die zahlen? Stimmt es, dass die mit 99 Prozent bezuschusst werden? – Das sind ja alles Fragen, die, wenn wir über soziale Träger, über ehrenamtliche Strukturen nachdenken, wichtig sind. Wo bewegen wir uns? Vieles schließt sich einfach durch eine zu hohe Miete von vornherein aus.

Vielleicht noch eine Frage an Frau Lüscher, weil Sie den Prozess ja am besten kennen: Was raten Sie uns denn? Was können wir tun, um das von unserer Seite aus zu befördern und zu beschleunigen, so das geht? – Vielen Dank!

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Vielen Dank!

Jetzt erteile ich mir selber das Wort, spreche also nicht als Vorsitzende des Ausschusses. Ich habe auch den Eindruck: Der Prozess hat sehr früh angefangen, als noch vieles unklar war, und obwohl es eine Zeit lang aussah, als wenn das eigentlich ein schreckliches Desaster ist, weil man alles hätte vorher klären müssen, ist es das, finde ich, im Rückblick nicht. Vielmehr ist es ein Prozess gewesen, der zu einem guten Ergebnis geführt hat, so zur Klärung dessen, was mit dem Gebäude tatsächlich ist. Es hat zu einem enormen Wissenstransfer geführt, zumindest für viele Bürgerinnen und Bürger. Es wissen aber auch sehr viele mehr von uns, was in dem Gebäude eigentlich geht und was nicht geht. Es hat eine intensive Diskussion über die Beteiligungsstrukturen und die Voraussetzungen stattgefunden, und das Interessante ist aus meiner Sicht, dass das parallel zu der Entwicklung der Leitlinien stattgefunden hat. Ich muss sagen, dass ich in dem Leitlinienprozess seit längerem sitze und parallel die Tempelhofgeschichte durchscanne: Was formulieren wir wie in diesem Leitbild aufgrund der Erfahrung, die da gerade gemacht worden ist? – Also ich würde auch Ihren Blick teilen wollen, den Sie eigentlich alle vorgetragen haben: Es hat uns was gebracht, und es macht jetzt Sinn, auf der Basis dessen, was passiert ist und wie es gelaufen ist, nach vorne zu gucken.

Es haben einige meiner Kolleginnen und Kollegen jetzt schon Fragen danach gestellt. Ich wollte auch fragen: Wie sollte es ganz konkret weitergehen? Wer sollte in dem Arbeitsgremium künftig sitzen? Sollte das erweitert werden oder nicht, sei es in den Kiez hinein, sei es zur IHK? Welche Player würden Sie sich noch wünschen?

Dann natürlich die Frage an Frau Heim-Wenzler: Gibt es tatsächlich Gebäudeteile, mit denen man anfangen kann, damit man aus dieser Meta-Ebene des Diskurses über Beteiligung rauskommt und auch tatsächlich konkrete Räume beplant? Wie stellen Sie sich die Zeitschiene vor? – Im Moment scheint es ja so zu sein, dass durch die vielen Havarien und die Probleme, die es im Gebäude gibt – unabhängig davon, wie der Prozess gelaufen ist –, einfach eine enorme Verzögerung reinkommt, weil man ja nichts beplanen kann oder keinen Beteiligungsprozess über Gebäudeteile machen kann, die auf absehbare Zeit gar nicht nutzbar sind. Also die Frage geht wahrscheinlich auch am ehesten an Frau Heim-Wenzler, wie Sie sich die Zeitschiene für ganz konkrete Projekte vorstellen, die an das Gebäude angedockt werden können. – Alles andere ist von den Kolleginnen und Kollegen schon gefragt worden.

Als Ausschussvorsitzende erteile ich jetzt Frau Demirbüken-Wegner das Wort.

Emine Demirbüken-Wegner (CDU): Auch von unserer und meiner Seite aus herzlichen Dank für die sehr klaren, sehr kritischen und sehr vorwärtsgewandten Ausführungen, die Sie hier getätigt haben! Ich finde es beachtlich, dass Sie elf Jahre nach der Schließung des Flughafens Tempelhof bei so vielen Schwierigkeiten, mit denen Sie konfrontiert worden sind, alle auf unterschiedliche Art und Weise den Mut und den Glauben an den modernen Zukunftsort – so hat mal eine Presse berichtet; moderner Zukunftsort, wo wir immer noch weitestgehend nicht angekommen sind – aufgebracht und versucht haben, es weiterzuentwickeln.

Die letzte rote Nummer im Abgeordnetenhaus genau dazu – nämlich die Nr. 1391 A-1 vom April 2019 – bescheinigt auf der einen Seite die katastrophal schlechte Auslastung der Flächen sowie des Flughafengebäudes und sagt, dass nur der kleinere Teil der Flächen vermietbar und der größere von 107 000 Quadratmetern nicht nutzbar ist – das sage nicht ich, das sagt die rote Nummer – und weitestgehend auch, dass ein Leitbild benötigt wird.

Daher, Frau Lüscher, die erste Frage an Sie: Die Erarbeitung der Leitlinien bezüglich der Vergabekriterien soll ja Ende des Jahres stehen. Können Sie uns ungefähr sagen, wo wir heute stehen?

Darüber hinaus würde ich gerne wissen wollen – Sie haben ja gesagt, dass das Budget weitestgehend nicht ausreicht und deutlich mehr Mittel beantragt werden müssen –: Können Sie circa eine Hausnummer nennen, um welche Höhen es sich hier handeln könnte? – In Bezug auf die hohe Nachfrage zur Anmietung, zum Beispiel durch die Polizei, Kultureinrichtungen, Start-ups oder auch Akteure der Kreativwirtschaft: Wie begegnen Sie diesen, also welche Vorschläge werden denen unterbreitet?

Ich weiß jetzt nicht, in welche Richtung ich die Frage stellen kann – an Sie, Frau Heimwenzler, oder an den Senat: Die ehrenamtlichen Mitglieder des Arbeitsgremiums haben in ihrer Sitzung Anfang des Jahres den Wunsch nach Aufwandsentschädigung geäußert, und die Tempelhof Projekt GmbH wollte das prüfen. Konnte dem inzwischen entsprochen werden? Was hat die Prüfung ergeben? – Darüber hinaus: Der Stellenplan der Tempelhof Projekt GmbH weist derzeit 47 VZÄ aus. Welcher weitere Personalbedarf besteht aufgrund des Entwicklungsauftrags des Standorts? Haben Sie da vielleicht eine Hausnummer für uns?

Dann zwei Fragen gekoppelt an den Senat: Wie will der Senat die Wirtschaftlichkeit des Gebäudes sicherstellen, und welche Infrastrukturmaßnahmen sind zur Aufwertung des Gebäudes vorgesehen?

Mit Bezug noch einmal auf die rote Nummer 1391 A-1, die eine Bekräftigung durch die Öffentlichkeit bekommt – weil wir ja leider Gottes, was den Flughafen Tempelhof angeht, nicht immer eine positive Presse bis jetzt gehabt haben; wir haben es auch mit negativen Beurteilungen zu tun gehabt: Der „Tagesspiegel“ vom 12. März titelte „Ehemaliger Flughafen Tempelhof: Pannen, Pech, Partizipation“ und kritisierte, dass wegen der schlechten Rahmenbedingungen die Agentur, die vom Senat mit der Durchführung der Partizipation beauftragt war, hingeschmissen habe und insbesondere die Bürgerpartizipation ein Chaos sei, die Vermarktung der Gebäude floppe und der größte Teil des Etats in die Vermarktung fließe. Die „Berliner Woche“ hat das Thema auch aufgegriffen und zitierte einen SPD-BVV-Fraktionskollegen aus Tempelhof-Schöneberg mit der Kritik, dass alles zu langsam gehe und die Flughafenplanung eigentlich neu ausgerichtet werden müsse. – In diesem Blatt haben Sie, Frau Lüscher, auf Anfrage der „Berliner Woche“ erklärt – ich habe es gelesen –, dass unklare politische Signale zur Verunsicherung beitragen und es damit auch zu Verzögerungen des Partizipationsprozesses komme.

Wenn man jetzt das Gesamtkonzept vor Augen hat, dann würde ich gern auf den Bericht der „Morgenpost“ von vor zwei Tagen eingehen wollen. Das ist jetzt eine Sichtweise, die hier noch von niemandem erwähnt worden ist, trotzdem an Sie alle die Frage mit Blick auf das Gesamtbild: Es gibt einen Stimmungswandel. In der Bevölkerung waren im Mai 2014 beim Volksentscheid 470 000 dagegen, dass Wohnungen gebaut werden. Im Berlin-Trend der „Morgenpost“ und der „Berliner Abendschau“ des RBB sagen Anfang dieses Jahres 59 Prozent der Befragten, sie seien dafür, dass dort neue Wohnungen errichtet werden. Die Aussage wurde auch geteilt von der SPD-Landeschefin neulich auf dem Landesparteitag, die sagte, die Volksgesetzgebung müsse im Lichte neuer Erkenntnisse wandelbar sein. – Wie stehen Sie dazu, dass dieser Themenkomplex in Ihren Diskussionen noch einmal aufgegriffen wird? Das

würde mich interessieren, und auch, Frau Lüscher: Ist das im Gesamtkonzept auch eine Diskussion auf Ihrer Ebene, der Senatsebene, zumal es ja in der Parteienlandschaft innerhalb der Koalition nicht nur eine Bestrebung ist, sondern eine klare Forderung dahingehend, dass die Randbebauung mit gemischten Wohnquartieren auf die politische Tagesagenda gehört?

Die IHK hat einmal gesagt, dass die Schließung des Flughafens von Beginn an keinem durchdachten Konzept folge. Ich würde gerne wissen wollen, Herr Deitmar: Gibt es jetzt ein durchdachtes Konzept? – Auch wenn Sie bis jetzt Ihre Teilnahme in den Arbeitsgremien vermisst haben, glaube ich, ausgehend von der heutigen Anhörung, dass wir mit einer neuen Diskussion auch neue Partner am Tisch haben sollten, und würde gerne wissen, wie Ihr Gesamtkonzept dazu aussieht. – Zunächst einmal so viel; danke schön!

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Vielen Dank! – Dann Frau Klein, bitte!

Hendrikje Klein (LINKE): Vielen Dank auch von meiner Seite! – Die Gefahr oder die Chance, sich bei dem Thema zu verzetteln bzw. sich in dem Gebäude zu verlaufen, ist sehr groß. Was ich auch eben bei der letzten Wortmeldung gemerkt habe: Wenn wir jetzt auch noch über das Feld reden und alles Drumherum, fragt man sich schon, wo wir jetzt eigentlich anfangen.

Was ich jetzt herausgehört habe, ist, dass unglaublich viel Kritik da ist und dass trotzdem noch eine ganze Menge fehlt. Was ich gleichzeitig sehr bemerkenswert finde, ist, dass sich das meiste genau in den neun Monaten Beteiligungsverfahren bewegt hat. Also da sind wir doch den größten Schritt vorwärtsgekommen. Das Ding ist natürlich ganz schön groß; wir wissen ganz genau, dass es nicht mit einem Fingerschnippen funktioniert und man es dann schön hat. Aber dieser doch sehr kräftezehrende Prozess – der es, glaube ich, war – hat wirklich etwas gebracht. Ich will das auch gerne zurückgeben: Machen Sie sich nicht so viel daraus, dass das so anstrengend war! Sie haben alle zusammen wirklich einiges geleistet, dass wir da jetzt an einem Punkt sind, wo wir ganz klug sortieren und weitermachen können! Ohne diesen Prozess hätte das, glaube ich, nicht funktioniert.

Ich möchte noch konkrete Fragen stellen. Es wurde gesagt, der Partizipationsgegenstand fehlt; worüber sollen sich eigentlich die Bürgerinnen und Bürger einen Kopf machen, etwas entscheiden, informiert werden, wie auch immer? – Ich stelle mir die Frage: Was hätten Sie denn gerne? Gerade Frau Hanske als Vertreterin des Arbeitsgremiums: Welchen Partizipationsgegenstand hätten Sie gern? Hätten Sie gerne einen Teil des Gebäudes, das ganze Gebäude oder nur das Dach oder nur den Keller sozusagen?

Dann die nächste Frage zu den Abstimmungsprozessen zwischen den Gremien: Auch ich komme immer wieder durcheinander, wie welches Gremium heißt und wer am Ende dahintersteckt. Wie sind da eigentlich die Abstimmungsprozesse geklärt? Sind sie geklärt, oder wie sollten sie vielleicht künftig sein? – Dann noch eine Frage: Hat denn das Arbeitsgremium überhaupt noch Lust, in der jetzigen Besetzung weiterzumachen? Oder sind Sie so durch, dass Sie sagen: Ach, eigentlich hätten wir gerne, dass die Menschen ausgetauscht werden; wir haben keine Zeit und keine Lust und keine Luft mehr? – Wenn Sie noch weitermachen möchten – wovon ich ein bisschen ausgehe –: Wie lange würde Sie das noch treiben? Würden Sie sagen: Ach, so zehn Jahre sind wir dabei, als Lebensaufgabe? Oder: Wir hätten schon gern eigentlich ein, anderthalb Jahre lang so einen zackigen Augen-zu-und-durch-Prozess, und dann würden wir uns vielleicht auch verabschieden oder auswechseln oder wie auch immer?

Die letzte Frage zum Partizipationsprozess: Wir im Ausschuss diskutieren das ja öfter – auch danach und davor in den Vor- und Nachbesprechungen –, wie man solche Prozesse macht, wann man die Menschen einbindet, ob sie selber schon mitsprechen dürfen, wie der Prozess insgesamt aussehen soll, oder ob wir die Menschen erst beteiligen, wenn der Prozess fertig ist. Ich mache Beteiligungsprozesse seit fast 20 Jahren, und da ist immer die Frage: Ist es zu früh, oder ist es zu spät? Der perfekte Zeitpunkt ist leider nicht gegeben, was ich aber nicht schlimm finde, denn irgendwie kriegen wir es trotzdem hin. – Aber welches Interesse gibt es bei Ihnen, bei den Menschen, sich beteiligen zu wollen: Wollen Sie noch weiter an dem Prozess feilen, wie er aussehen soll, woran sich Menschen beteiligen? Oder haben Sie Lust, endlich zu gestalten und Dinge zu entscheiden, anstatt den Prozess von außen zu begleiten? – Das sind meine Fragen.

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Vielen Dank! – Ich habe noch Herrn Schlömer auf der Redeliste.

Bernd Schlömer (FDP): Vielen Dank auch von der FDP-Fraktion, dass Sie sich bereiterklärt haben, uns näher zu informieren! Ich fand sehr eindrucksvoll, was Frau Aghte berichtet hat, weil wir hier über den Beteiligungsprozess und nicht über die Finanzierung des Tempelhofer Felds oder die Randbebauung reden. Wir sind dafür, aber das ist hier nicht das Thema.

Ich habe verschiedene konkrete Fragen und würde mir eine Antwort sehr wünschen. Frau Aghte hat darüber ausgeführt, dass es kein ausreichendes Informationsangebot gegeben hat und keine Verfahrensleitlinien. Insofern frage ich insbesondere auch Frau Lüscher als Vertreterin des Beirats oder des Senats: Warum hat es kein Informationsangebot gegeben, und welche Maßnahmen haben Sie eigentlich seit der Formulierung des Koalitionsvertrags getroffen, dass eine Sachlage über die Nutzungsmöglichkeiten von Räumen herbeigeführt wird, die dann auch dem Beteiligungsprozess zugeführt werden können?

Dann eine Frage an die vier Anzuhörenden: Es hieß immer: „Aus dem Koalitionsvertrag haben wir entnommen“. Warum sind keine politischen Vertreter außerhalb des Senats beteiligt gewesen? Oder gab es politische Vertreter? Welchen Eindruck haben Sie eigentlich vom rot-rot-grünen Senat – ob da eine bürgerschaftliche Mitverantwortung ernsthaft gewollt ist? – Das frage ich auch vor dem Hintergrund der Frage, dass es einen Beirat gibt, der mit zahlreichen Stadtentwicklungsexperten besetzt ist und der offenbar auch munter die Projekt GmbH bei der Entwicklung des Areals berät. Wie sind denn, und das ist eher eine Frage an Frau Lüscher, Erkenntnisse und Ergebnisse der Beiratstätigkeit in den Beteiligungsprozess von Bürgerinnen und Bürgern eingeflossen? Gibt es Schnittstellen, Gespräche, Protokollaustausch oder Ähnliches? Und wenn es das nicht gibt: Warum gibt es das nicht?

Die Grundsätze für bürgerschaftliche Mitverantwortung sind nicht vor einem Jahr neu erfunden worden; es gibt sie seit vielen Jahren. Ich habe Zweifel daran, dass es einen ernsthaften politischen Willen gibt, Mitverantwortung und Bürgerbeteiligung zu realisieren. Dafür brauche ich jetzt auch nicht das Wortprotokoll abzuwarten: Dieser Prozess ist für mich ein Desaster.

Ich habe noch eine weitere Frage: Wer, welche Stelle, welche Person war verantwortlich für die Erstellung von Verfahrensleitlinien? Und warum wurden keine Verfahrensleitlinien in dem Maße geschrieben, wie es Frau Aghte ausgeführt hat?

Dann eine Frage an die IHK Berlin: Wünscht sie sich Beteiligung? – Frau Demirbüken-Wegner hat schon dazu ausgeführt. Wird sich die IHK bei einem neuerlichen Prozess einführen?

Die konkrete Frage für das Budget ist, was denn der Beteiligungsprozess und nicht die Sanierung des Tempelhofer Felds kostet. Da müsste man mal eine Hausnummer erfahren und nicht, wie teuer das Tempelhofer Feld wird hinsichtlich der Instandsetzung nach Brandschutz-, Arbeitsschutz- und anderen gesetzlichen Schutzmaßnahmen. Darum geht es in diesem Ausschuss nicht. – Vielen Dank!

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Vielen Dank! – Ich würde die Redeliste jetzt erst einmal schließen, damit Sie die Möglichkeit haben zu antworten, und schlage wir, dass wir das in umgekehrter Reihenfolge machen. – Das heißt, Frau Heim-Wenzler, Sie hätten als Erste das Wort.

Jutta Heim-Wenzler (Tempelhof Projekt GmbH): Vielen Dank! – Die erste Frage war: Welche Verbesserungen sind notwendig? – Wir haben erkannt, dass wir bei der Öffentlichkeitsarbeit – das habe ich vorhin schon gesagt – mehr tun müssen, dass es auch andere Formate braucht. Das ist eine Erkenntnis, die wir auch als Gesellschaft gewinnen.

Was es aber dringend braucht aus meiner Sicht, ist, dass wir in der Grundlagenermittlung weiterkommen und dort schneller vorangehen, denn diese Erkenntnisse brauchen wir als Gesellschaft für den Betrieb und die Instandsetzung des Gebäudes. Aber auch der Partizipationsprozess muss genauso wissen, was mit dem Gebäude los ist und was es kann, was es nicht kann. Wir haben für die einzelnen Gebäude Typologien entwickelt, die sehr schön zeigen, dass in den unterschiedlichen Flächen eben auch unterschiedliche Nutzungsmöglichkeiten bestehen.

Frau Aghte hat am Anfang von ihrer Erkenntnis gesprochen, als sie in der Sigmund Freud Universität war: Ja, wir haben Flächen, die zum Hangar hin orientiert sind, die weder brandabgeschottet noch akustisch abgeschottet sind und auch kein Tageslicht haben. Solche Flächen sind natürlich nur bedingt nutzbar, und viele der Flächenanfragen, die uns erreichen, oder viele Flächennutzungen, die man sich vorstellt, gehen einfach nicht, wenn man sich das Gebäude genauer anguckt. Grundlagenermittlung ist also für mich eine Grundbedingung für den Betrieb, für die Instandsetzung und auch für den Partizipationsprozess. Eine weitere Bedingung ist für mich – was wir jetzt alle miteinander mehrfach angesprochen haben –, tatsächlich den Auftrag, den Gegenstand der Partizipation zu klären und meines Erachtens auch die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung nicht ganz zu vergessen.

Was wir noch brauchen, ist Zeit, um die vielen parallelen Prozesse überhaupt bewältigen zu können. Es ist eine Mammutaufgabe, dieses Riesengebäude, diese Komplexität mit den vielen parallelen Themen überhaupt am Laufen zu halten; wir brauchen auch Zeit, um Planungsprozesse geordnet aufsetzen zu können.

Dann bin ich zum Gesamtkonzept gefragt worden: Warum fehlt ein Gesamtkonzept? Welche Setzungen gibt es bereits, und warum fehlt das Gesamtkonzept noch? – Wir haben als Gesellschaft nach der ersten Abfrage der Öffentlichkeit, die eigentlich ergeben hat, dass die Setzungen im Koalitionsvertrag auch in der Öffentlichkeit bestätigt werden – also Kultur, Kreativnutzungen, Geschichtsdarstellung und Offenheit für neue Nutzungsmöglichkeiten, also auch experimentelle Themen etc. –, auf dieser Basis haben wir für uns mal ein Grobkonzept für eine Flächenverteilung oder für die Nutzbarkeit der Flächen entwickelt. Das haben wir auch in den Bürgerveranstaltungen jeweils öffentlich vorgestellt. Wir hatten dazu aber noch keine politische Aussage. Wir haben weder vom Aufsichtsrat noch aus der Politik eine Aussage dazu: Können wir auf der Basis arbeiten? – Das braucht es für mich als Gesellschaft oder als Verantwortliche, dass wir zu diesem – es ist nun wirklich ein grobes Konzept –, dass wir dazu mal eine Meinung hören: Können wir darauf aufbauen, oder sind da Dinge, die wir anders betrachten müssen?

Wir beginnen im Westen mit der Entwicklung. Gesetz ist bereits der Kopfbau West. Mit den Fördermitteln werden der Kopfbau West und vor allem der Tower als Öffnungsprojekt ausgebaut. Das wird Ende 2020, Anfang 2021 so weit hergestellt sein, dass der Tower eröffnet werden kann, dass eine obere Ebene als Ausstellungsfläche zugänglich wird und das Dach zugänglich gemacht werden kann. Dann, von Westen weiter in der Entwicklung, kommt der Hangar 7 mit dem Bauteil 7. Dort haben wir mit dem Bund auf Grundlage des LoI aus dem Jahr 2013 den Vertrag mit dem Alliiertenmuseum ausverhandelt. Der Bereich, die Hülle soll von uns instand gesetzt werden, und das Alliiertenmuseum oder der Bund wird dann die Planungen im Inneren für ein Alliiertenmuseum umsetzen. Das dauert nach dem jetzigen Zeitplan etwa bis 2026.

Dann schlagen wir für die Hangars 6 und 5 – das sind die zwei weiteren Hangars vor dem überdachten Vorfeld – vor, sie einer dauerhaften kulturellen Nutzung zuzuführen, zum Beispiel für weitere museale Nutzungen – da gibt es die Idee des Technikmuseums, ein Luft- und Raumfahrtmuseum im Hangar 6 zu entwickeln –, und beim Hangar 5 gibt es Überlegungen, Kultur-, Ausstellungsbereiche oder auch Erlebnisgastronomie oder alles im Verbund zu entwickeln. Das heißt, wir schlagen vor, dass drei Hangars auf der westlichen Seite längerfristig belegt werden, und davon ist der Hangar 7 mit dem Alliiertenmuseum entschieden.

Dann war in unserem Konzept drin, dass wir das große überdachte Vorfeld und die Hangars 1 bis 4 Richtung Osten, die bis zum Jahresende noch vom LAF angemietet sind, die nächsten Jahre vor allem für Veranstaltungen nutzen – für Messen, für kulturelle Veranstaltungen unterschiedlichster Art – und damit aber auch gewährleisten, dass eine Flexibilität dieser Hangar- und Vorfeldflächen für die Zukunft gegeben ist, dass wir keine weiteren Festlegungen und Setzungen an der Stelle machen. Die Haupthalle, das schlagen wir ebenfalls vor, soll Veranstaltungs- oder öffentlicher Bereich werden.

Dann haben wir die Bauteilebene, die zu den Hangars kommt: Dort ist tatsächlich erst einmal Kreativität für die Entwicklung von Flächen gefordert, die nur zu einer Seite belichtet werden können. Wir haben einen Mittelflur, der denkmalgeschützt ist und erhalten werden muss, und zum Hangar hin Flächen, die nicht mit Tageslicht versehen sind. Hier kann man sich sehr kreative Nutzungen im Konzept Kultur und Kreatives vorstellen.

Dann haben wir die ursprünglich als Verwaltung konzipierten Flächen am Ehrenhof: Der westliche Teil ist vom Polizeipräsidium bereits belegt und in einem sehr sanierungsbedürftigen Zustand. Darum müssen wir uns zunächst verstärkt kümmern. Dann haben wir, gespiegelt dazu, im östlichen Bereich die Fläche, die zu einem Teil ebenfalls von der Polizei, vom Landeskriminalamt belegt ist, aber sich zu größeren Teilen in einem nicht sanierten, nicht ausgebauten Zustand befindet, die zwar schadstoffsaniert ist, aber keine technische Infrastruktur hat, die funktioniert. Teilweise ist noch Altes vorhanden, aber zum großen Teil abgängig, nicht funktionsfähig.

Wir haben im H2rund, also im Erdgeschoss, jetzt eine Zwischennutzung für das City-Lab ausgebaut, das demnächst in Betrieb gehen wird. Das hat uns aber eins gezeigt: Das ist eine wunderbare Fläche, die man ganz hervorragend für solche Nutzungen verwenden kann, aber auch: Solange es kein Sanierungskonzept für das Gebäude gibt, ist der Aufwand für Zwischennutzungen extrem hoch. Wir müssen alles, was an Technik gebraucht wird – Wasser, Abwasser, Brandabschottungen –, für einen begrenzten Zeitraum herstellen. Das sind sehr hohe Kosten, und die Wirtschaftlichkeit muss man an der Stelle dann am Ende infrage stellen. Es fordert uns natürlich auch sehr stark. – Jetzt wäre ich einmal kurz durch mit dem Gesamtkonzept.

Die nächste Frage war: Welche nutzbaren Flächen haben wir? – Wir haben ein Viertel, etwa 70 000 Quadratmeter der Flächen genutzt, in großen Teilen durch die öffentliche Verwaltung. Von den 70 000 sind es über 60 000, die nur von der Verwaltung genutzt werden – davon 50 000 von der Polizei –, und wir haben weitere 20 000, die sich für eine Büronutzung eignen, die ausgebaut werden können, die aber in keinem Zustand sind, der so einfach in Nutzung zu bringen ist.

Wir haben von den 300 000 Quadratmetern, die immer im Raum stehen, 100 000 – immer Bruttogeschossfläche; da muss ich auch aufpassen, das ist nicht die reine Nutzfläche –, die reine Verkehrsflächen sind. Es ist ein Flughafen, und der Flughafen hat eben sehr viele Transitbereiche, sehr viele Durchgangsthemen. Also ein Drittel der Fläche ist für großzügige Verkehrsflächen, für Technik- und für Lagerflächen belegt und kann keiner anderen Nutzung zugeführt werden. Wir haben u. a. sehr viele große Treppenhäuser, die ursprünglich für die Besucher auf das Dach konzipiert waren und große Flächen beinhalten, die aber eigentlich kein Potenzial bieten, um sie für eine Nutzung auszubauen. Dann haben wir knapp 70 000, die ein Potenzial bieten: Das sind in der Hauptsache die Bauteilflächen an den Hangars und die nicht ausgebauten Verwaltungsflächen, die ein Flächenpotenzial bieten, das auszubauen wäre.

Im Moment haben wir eine Studie für die Nutzungsmöglichkeit, für die Machbarkeit der Unterbringung der DFFB beauftragt. Zusammen mit der Filmhochschule haben wir diesen Auftrag erteilt und werden die Nutzungsstudie auch gemeinsam begleiten.

Dann haben wir im Moment ein Infrastrukturkonzept angegangen. Die gesamte Liegenschaft ist letztlich mit einem Stadtteil vergleichbar. Wir haben einen Stadtteil, der keine oder eine 80 Jahre alte Infrastruktur hat, die in großen Teilen einfach nicht mehr funktionsfähig ist, und dort, wo sie in Funktion gehalten werden muss, ist der Aufwand immens, um die Havarien in den Griff zu bekommen. Wir sind also an einer Infrastrukturplanung und bereiten jetzt die Planung für ein Infrastrukturkonzept vor, das wir aber bis 2030 in der Durchführung sehen. Das heißt, es ist eine schrittweise Abarbeitung.

Die Frage, wie die Mieteinnahmen aussehen und ob sie kostendeckend sind – so habe ich sie verstanden –: Wir haben alte Mietverträge, auch für die Verwaltungsflächen, die für die Mieter sehr günstig sind. Das hängt aber auch damit zusammen, dass sich das Gebäude in keinem ordentlichen Zustand befindet. Das heißt, ich kann am Markt mit dem Zustand, in dem sich das Gebäude befindet, zum einen keine neuen Flächen vermieten – ich habe keine, die funktionsfähig sind –, und die, die vermietet sind, sind teilweise in einem so desolaten Zustand, dass dieser zunächst verbessert werden muss, bevor ich an eine Erhöhung der Miete denke. Insgesamt denke ich, dass die Wirtschaftlichkeit dieses Gebäudes sehr stark durch die hohen Flächenanteile beeinträchtigt ist, die nicht nutzbar sind, durch den Denkmalschutz und natürlich auch durch alle Themen, die erst einmal geschaffen werden müssen wie Tragwerksverstärkung und Brandschutzabschottungen. Das sind alles Themen, die gemacht werden müssen, um das Gebäude ordentlich zu nutzen. Ich glaube aber, das sind Themen, die man für das Denkmal einfach erbringen muss, um es zu halten; die darf man am Ende nicht in die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung einbeziehen. Am Ende, wenn das Generationenprojekt Flughafen Tempelhof – so sage ich jetzt mal – durchsaniert ist, kann man es mit Sicherheit gut hinbekommen, dass die Vermietung im laufenden Betrieb wirtschaftlich ist. Das wird mit Sicherheit möglich sein. Aber die Erstinstandsetzung, die Fertigstellung der Baumaßnahme Flughafen Tempelhof – in vielen Teilen ja nie fertiggestellt; in vielen Teilen noch Kriegszustände, und in den Teilen, in denen er ausgebaut ist, in einem wirklich vernachlässigten Zustand, weil viele Jahre kein Geld dafür da war, ihn in einen angemessenen Zustand zu versetzen, vor allem, was Technik anbelangt –, da ist viel nachzuholen. Aber wenn man das einmal hat, dann kann man es wirtschaftlich hinkriegen. Nur das darf nicht angerechnet werden.

Jetzt hatte ich noch die Frage, was wir in der nächsten Zeit fertiggestellt haben: Ich habe schon gesagt, dass wir den Kopfbau West mit dem Tower Ende 20, 21 fertigstellen werden. Bei der Dachgalerie, der Geschichtsgalerie sind wir jetzt in der Planung. Da werden wir den ersten Abschnitt 22, 23 fertig haben. Das ist ein weiteres wichtiges Öffnungsprojekt, wenn man auf das Dach kann – das ist, glaube ich, ein ganz entscheidendes Öffnungsprojekt. Ende des Jahres oder im Herbst wollen wir ein Besucherzentrum seitlich vom Haupteingang eröffnen und damit viele Informationen und Anfragen befriedigen. Bürger kommen an den Haupteingang und finden da geschlossene Türen vor. Da wollen wir die Situation verbessern. Und im Juni wird das City-Lab vorne dran, H2rund, eröffnen; auch das ist natürlich eine erste Öffnungsmaßnahme.

Wie werden die sanierten Flächen dann vergeben? – Da ist unser Vorschlag, dass wir das über Konzeptverfahren, und zwar über Konzeptverfahren als Teil der Partizipation machen, indem man die Kriterien für die Vergabe gemeinsam entwickelt und abstimmt. Das wäre ein Möglichkeit, neue Flächen zu vergeben.

Bei den Aufwandsentschädigungen für Ehrenamtliche sind wir noch nicht so weit; dazu kann ich Ihnen noch nichts sagen.

Die nächste Frage war die nach dem Personalbedarf: Wir haben jetzt 47 genehmigte Stellen, die sehr schwer zu besetzen sind; das möchte ich dazusagen. Wir haben die Situation, dass wir einen schwierigen Arbeitsmarkt haben, und wir haben die Situation, dass wir unseren Mitarbeitern extrem viel abverlangen müssen, wir einen hohen Krankenstand und eine hohe Fluktuation auch aus diesen Gründen haben. Es ist eine Riesenaufgabe, und diese Riesenauf-

gabe ist so einfach mit dem Personal schwer zu bewältigen. Da kann man natürlich sagen: Priorisieren! – Aber immer dann, wenn wir priorisieren, kommen neue Erkenntnisse und neue Havarien, und wir müssen wieder an einer Stelle Feuerwehr spielen, wo wir es im Moment nicht vermutet hatten.

Wir haben vor, den Stellenplan auf knapp 70 aufzustocken. Das haben wir schon intern begründet, das werden wir beantragen. Aber auch das, glaube ich, ist noch nicht ausreichend, um die Themen Betrieb der schwer nutzbaren Flächen – Veranstaltungsbetrieb ist noch mal ein Extrazweig – und überhaupt eine strategische Entwicklung zu bewältigen. Personell sind wir ganz schwach aufgestellt, und Partizipation braucht Personal. Wir haben also viele Themenfelder, die wir im Moment nicht bedienen können, nicht so bedienen können, wie man es eigentlich erwarten würde. Wir haben zudem Hochbauprojekte am Laufen: der Kopfbau West, die Geschichtsgalerie. Wir haben große Sanierungsprojekte. Wir haben begonnen, die Dachflächen zu sanieren. Wir müssen die Decken sanieren. Es sind Riesenbauthemen, die wir mit einem relativ kleinen Stab im Moment bewältigen. Das heißt, das Personal muss dringend aufgebaut werden, aber meine Erfahrung ist auch, dass wir Zeit brauchen für den Personal-aufbau. Das geht nicht so schnell. Ich kann nicht eine große Menge Personal einstellen; es muss auch die Zeit sein, dass man sich reinfindet, und es muss auch die Struktur da sein, dass man neue Mitarbeiter entsprechend mitnehmen kann.

Dann wurde angesprochen, dass alles zu langsam ginge. Ich kann nur aus meiner ganz eigenen privaten Erfahrung sagen: Als ich hierherkam, habe ich auch gedacht: Das kann doch alles viel schneller gehen. Man kann das schnell machen und jenes. – Ich habe viel dazugelernt. Es geht nicht schnell. Es ist so groß, so komplex und mit solchen Schwierigkeiten behaftet, dass man die Zeit braucht, dieses wirkliche Großprojekt solide aufzustellen, solide zu planen, mit Personal und mit Finanzmitteln auszustatten, die es braucht, und das alles braucht wirklich Zeit.

Zur Frage nach den Maßnahmen zur Aufwertung: Ich denke, unsere Öffnungsprojekte sind Maßnahmen zur Aufwertung. Unser Besucherzentrum, das wir im Herbst eröffnen wollen, das City-Lab ist eine Maßnahme zur Aufwertung, und dann die beiden großen Projekte, Tower und Geschichtsgalerie, sind sicherlich deutliche Zeichen der Aufwertung, die dann auch in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden.

Die Randbebauung ist meines Erachtens ein politisches Thema und sollte, wie ich meine, zunächst dort geklärt werden. Die Gesellschaft wurde ursprünglich dafür gegründet und steht natürlich dafür zur Verfügung. Sie muss allerdings an der Stelle dann wieder in die Lage versetzt werden.

Die Abstimmungsprozesse zwischen den Gremien: Das ist auch etwas, was wir gelernt haben. Es braucht eine enge Abstimmung zwischen dem Beirat, der aus Experten besteht, und dem Arbeitsgremium und auch dem Aufsichtsrat. Es ist sicherlich richtig, dass sich alle gemeinsam zusammenfinden und eine Strategie zur Entwicklung dieses hochkomplexen, aber wunderbaren Ortes entwickeln. – Vielen Dank! Ich habe, hoffe ich, alle Fragen irgendwo gestreift.

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Vielen Dank! – Frau Hanske, bitte! Ich würde alle bitten, ich weiß, es ist ein bisschen ungerecht, jetzt auf die Uhr zu gucken, weil wir Sie alle drei noch anhören wollen.

Juliane Hanske (Arbeitsgremium Zukunft Flughafen Tempelhof): Ich mache es kurz. – Zur ersten Frage: Was braucht es mehr? Reicht es, was jetzt für die Zukunft angedacht ist? – Es braucht erst mal einen wirklich richtig guten Dienstleister, der richtig gute Partizipation kann,

und ganz klare Rahmenbedingungen – das ist die absolute Grundvoraussetzung – sowie eine gute Prozessstruktur, denn sonst nutzt der beste Dienstleister nichts.

Ganz wichtig finde ich Transparenz. Es braucht unbedingt Transparenz. Da sind wir Bürger/-innen, aber auch Tempelhof Projekt daran, jeweils einen Wissensspeicher zu erstellen. Wir haben die Webseite wir-sind-thf.de, und wir werden sie von unserer Seite aus befüllen mit allen Mietern, mit allen Initiativen, mit dem bisherigen Stand des Partizipationsverfahrens, mit allen Möglichkeiten, sich zu beteiligen. Tempelhof Projekt macht auch einen Wissensspeicher, und das Ziel wäre natürlich, das so gut zu verzahnen, dass man möglichst viele Informationen für die Bürger/-innen draußen zur Verfügung stellt. Ich finde es ganz wichtig, da langfristig zu denken und gemeinsam an der Entwicklung eines kooperativen Betriebssystems zu arbeiten und dabei die Bürger/-innen mit einzubeziehen. Es gibt so viele Akteure, und die haben alle ihre Berechtigung, aber jeder müsste mal einen Schritt zurücktreten und zulassen, dass es ganz viele andere Lebensrealitäten gibt, dass alle vielleicht ihren Platz darin haben, und dass man das durchaus kooperativ entwickeln kann. Aber da finde ich es total wichtig, die Menschen einzubeziehen und vor allem die Initiativen, die sich hier eh extrem engagieren, die das jetzt ehrenamtlich machen. Die haben nicht alle ein Eigeninteresse. Ich zum Beispiel habe überhaupt kein Eigeninteresse an diesem Ort. Mir geht es wirklich nur darum, diesen Prozess zu entwickeln. Ich möchte da keine Räume. Es gibt ganz viele Menschen, die ein Interesse an dieser Stadtentwicklung, an zukunftsfähiger Stadtentwicklung haben und die nicht unbedingt an diesen Ort wollen. Ich finde, diese Menschen müssen auf jeden Fall in die Entwicklung einbezogen werden.

Wer sollte im Arbeitsgremium sitzen? – Kurzfristig: Ich finde, dass die Bürgervertreter, die jetzt drin sind, sich sehr viel Wissen angeeignet haben. Man muss aber dazu sagen, dass wir eine extrem homogene Gruppe sind. Es gab nicht viele Bewerber. Auch darüber müsste man noch mal nachdenken, weil wir sonst extrem viele Lebensrealitäten mitdenken müssen, was nicht immer einfach ist. – Langfristig: Wir versuchen, jetzt gerade im Sommer mal alle Akteure zusammenzubringen, die sich in irgendeiner Form in diesen Ort einbringen, damit wir uns alle kennenlernen. Vielleicht besteht ja die Möglichkeit, dass sich das Arbeitsgremium zu einer Art Entwicklungsgesellschaft entwickelt, wo alle Akteure drinsitzen: die Politik, die Verwaltung, die Bürger, die Unternehmen.

Zum Bau des Feldes ganz kurz am Rande: Ich weiß es nicht, aber ich habe gehört, dass in Tempelhof Kleingärten weggenommen werden, um zu bauen, mit dem Argument: Ihr wollt ja das Feld nicht bebauen. – Sollte das wirklich so sein, dann wundert es mich nicht, dass jetzt plötzlich mehr Menschen für die Bebauung sind. Im Grunde glaube ich, dass viele Menschen das Feld erhalten wollen, aber wenn die Alternative schlimmer ist, dann würden mich die Zahlen nicht wundern.

Zur Frage, welchen Partizipationsgegenstand ich gerne hätte: Ich würde mir natürlich wünschen, dass das gesamte Gebäude Partizipationsgegenstand ist, weil ich es schwierig finde, wenn Teile vielleicht irgendwann solidarisch, zukunftsfähig, gemeinnützig sind und andere Teile nicht. Das könnte interessant werden. Wenn ich mir etwas wünschen dürfte, dann wäre es, dass dieser Flughafen ein Symbol wird für Berlin. Einen Fernsehturm oder einen Reichstag haben viele Städte, aber der Flughafen, dieses größte denkmalgeschützte Gebäude Europas, könnte wirklich ein Wahrzeichen für Berlin werden, ein Vorbild für ein kooperatives

Zusammenleben und Zusammenarbeiten, ein Vorbild für eine Gemeinschaft, die experimentiert, die guckt, wie man zukunftsfähig zusammenleben kann. Das würde ich mir wünschen.

Hat das Arbeitsgremium Lust, weiterzumachen? – Ja ich habe Lust, weiterzumachen. Es hat sich sehr ausgedünnt. Es waren am Ende immer dieselben, die da waren, aber die haben auch wirklich ein Interesse, diesen Ort zu entwickeln und auch für die Menschen zu entwickeln. Wie lange würden wir das noch machen? – Im Torhaus treffen sich immer ganz viele Initiativen, alle ehrenamtlich, und wir haben neulich für uns mal so einen kleinen Satz entwickelt, was für uns eigentlich der Kern ist. Da stand drin, dass wir diesen Ort die nächsten 20 Jahre entwickeln wollen und alle Bürger und Bürgerinnen einladen, das mit uns zu machen. Das ist eine offene Gruppe, die ehrenamtlich ist, und da muss auch erst mal kein Geld fließen, denn so bleibt man auf jeden Fall unabhängig.

Sollten die Menschen früh beteiligt sein am Prozess, oder soll die Politik den Rahmen festlegen? – Ich glaube, dass die Menschen früh beteiligt werden sollten, und dass wir vor allem junge Menschen einbeziehen sollen. Ich bin jetzt 35, und ich habe am Flughafen durch die Initiative THF Next Generation sehr viele junge Menschen kennengelernt, die ein extrem zukunftsfähiges Mindset haben. So bin ich gar nicht aufgewachsen, und ich bin überrascht, wie viel man von denen lernen kann. Die denken ganz anders. Die sehen, die Ressourcen werden knapp. Die sind sich darüber bewusst, dass man den Planeten als Lebensraum erhalten muss. Die denken solidarisch, nachhaltig. Die denken einfach zehn Schritte weiter in die Zukunft, als ich das irgendwann mal gelernt habe, und von daher finde ich, dass man unglaublich viele von diesen Menschen einbeziehen sollte. Es gibt auch ganz viele tolle Studiengänge, habe ich jetzt gelernt, die sich mit Commons oder auch der Entwicklung von solchen denkmalgeschützten Gebäuden beschäftigen, und ich finde, man sollte diese Leute mit einbeziehen.

Maßnahmen für Informationsangebote: Dieser Wissensspeicher ist eine ganz wichtige Angelegenheit. Wenn wir am Ende des Sommers da eine Plattform haben, wo Menschen, die sich beteiligen wollen, wirklich strukturiert Informationen bekommen, ist das schon mal eine ganz tolle Grundlage.

Welches Gefühl habe ich zum Senat, ob er die Beteiligung will? – Ich weiß es nicht, aber ich würde den Senat und alle Akteure hier im Raum einladen: Am 11. Juni, während dieses Torhausfestes, machen wir einen Workshop zur Zukunftsvision des Flughafens. Auch Tempelhof Projekt ist herzlich eingeladen. Da werden wir mit Jacob Bilabel von Thema1 erst an einem riesigen Tisch einen Istzustand aufbauen mit vielen Materialien, und dann werden wir gemeinsam gucken: Welche Verbindung muss man vielleicht ändern? – und dann mal eine Zukunftsvision aufbauen. Das Spannende ist, dass wirklich alle Akteure total unterschiedlich sein dürfen und man trotzdem gemeinsam eine Zukunftsvision aushandelt. Ich fände es total toll, wenn an dem Tag nicht nur die Presse da wäre, sondern auch wirklich die politischen Vertreter und sie gemeinsam mit uns Bürgerinnen und Bürgern und mit Tempelhof Projekt dieses Zukunftsbild vielleicht erarbeiten. – Danke schön!

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Vielen Dank! – Herr Deitmar, bitte!

Christof Deitmar (IHK Berlin): Ich konzentriere mich auf die Fragen, die direkt an mich gestellt wurden. Die erste war: Was gehört dazu, dass Unternehmen dort tätig werden können? – Ich glaube, ich hatte es schon angerissen. Es müssten Raumzuschnitte fertiggestellt

werden. Wir haben ja jetzt gehört, wie schwierig die räumliche und bauliche Situation ist, aber wenn man dort schon mal ein Angebotsportfolio erstellt, dass man also baulich in die Vorleistung geht, um ein Raumkörperangebot zu haben, mit dem man dann branchenspezifisch um Interessenten werben kann, die es ohne Frage zahlreich in der Stadt gibt, dann kann man da gern auch im Konzeptverfahren auf die zukünftigen Nutzer zugehen.

Was zusätzlich noch wichtig wäre, um die Attraktivität und das Alleinstellungsmerkmal auch des Zukunftsorts zu erhalten, wäre tatsächlich, einen Markenkern herauszuarbeiten und die Adressbildung in Richtung Kreativwirtschaft zu machen, was nicht heißt, dass – der Ort ist sehr groß und vielfältig, auch aufgrund seines geschichtlichen Hintergrunds – dort nicht auch andere Nutzungen wie das Alliiertenmuseum oder Gewerbehöfe, die ich angesprochen habe, untergebracht werden können, aber der Markenkern sollte unserer Auffassung nach auf der Kreativwirtschaft liegen. Kreativwirtschaft würde dann tatsächlich alles bedeuten: Digitalwirtschaft, Werbeagenturen, Studios, Musikbranche, Games-Branche. Das würden wir dort sehen. Im Übrigen sehe ich die Kreativwirtschaft eigentlich sehr gut innerhalb der IHK vertreten und auch von ihr umgesetzt. Unsere Präsidentin entstammt der Kreativwirtschaft. Wir haben die Ausschüsse für Kreativwirtschaft, die ich angesprochen habe. Wir haben zwei Vollversammlungswahlgruppen, nicht gerade die kleinsten, die sich mit Kreativwirtschaft und Digitalwirtschaft, die ich da jetzt mal subsumiere, beschäftigen. Die Mitglieder, die dort arbeiten, bringen sich eigentlich in die gesamte IHK-Arbeit und die Konzeptionierung dort mit ein.

Zum Thema Randbebauung: Da haben wir eine Positionierung angesichts des hohen Flächen-drucks von Wohnen und Gewerbe, dass wir ganz klar dafür sind, dass darüber nachgedacht werden muss, die Ränder für Wohnen und Gewerbe zu nutzen, zu bebauen.

Gibt es ein durchdachtes Gesamtkonzept? –, war eine Frage, die an mich gerichtet wurde. Frau Heim-Wenzler hat ein Konzept vorgestellt. Das ist meines Wissens noch nicht so als Gesamtkonzept publiziert und öffentlich gemacht worden.

Das würde mich zu dem letzten Punkt bringen, ob wir bereit wären oder Lust hätten, uns in Beteiligungsgremien einzubringen: Ja, das würden wir sehr gerne tun. Wenn ich das Konstrukt der verschiedenen Ebenen der Beiräte, Vorstand und des Arbeitsgremiums verstehe, dann wäre aus meiner Sicht der Beirat doch das geeignete Gremium, in dem man sich Gedanken über Konzepte, Leitbilder und Leitlinien machen kann, wo man sich dann über solche Nutzungsmischungen, thematisch und räumlich verteilt, verständigen kann.

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Frau Aghte, bitte!

Heike Aghte (THF.Vision): Ich bin zu allererst nach dem schwierigsten Thema gefragt worden, nämlich wie wir gedenken, diese 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung umzusetzen. Das kann ich leider nicht in einem Satz und auch nicht in zwei Sätzen sagen, aber ganz grob: Unsere Idee ist die, dass wir denken: Das Flughafengebäude Tempelhof, so, wie wir es kennengelernt haben, ist ein absolut fantastischer Ort, um gemeinsam ein großes Reallabor zur Umsetzung der 17 Nachhaltigkeitsziele zu schaffen. Nicht nur ich, sondern eigentlich alle haben bisher noch keine passenden Antworten, wie die wirklich konkret erreicht werden können. Das muss experimentell gemacht werden. Wir sagen: Es sollte dort eine Nachhaltigkeitskultur entwickelt, erprobt und weiterentwickelt werden, auch mit internationalem Austausch. Wenn

es um technologische größere Weiterentwicklungen auf konzentriertem Raum geht, gehe ich davon aus, dass Tegel dafür der perfekte Ort sein wird. So hätten wir also eine wunderbare Teilung. Technik sollte aber trotzdem, auch Industrie, eine Rolle spielen. Wir sind im Zusammenhang mit drei Themen darauf gekommen, die wir schon konkret verfolgen. Eines davon betrifft den Klimaschutz und die Klimaanpassung. Sollte man sich dazu entscheiden zu sagen: Dieses Gebäude soll wirklich nachhaltig, das heißt, ökologisch auf einem sehr anspruchsvollen Standard saniert und später betrieben und instand gehalten werden –, dann wird man dort sehr viel hochangepasste, perfekt maßgeschneiderte, innovative Technik brauchen, zum Beispiel, um die Lichtprobleme zu lösen, um das Wassermanagement hinzukriegen, um den enormen Energieverbrauch, zum Beispiel durch die Heizung, in den Griff zu kriegen, der zur Zeit dort herrscht. Das wird die Technik sein, die dort ihren Platz hat. Zusätzlich kann man sich vorstellen, dass ein Hangar oder zwei für Ecodesign geschaffen werden.

Es gibt ein weiteres Projekt, bei dem es darum geht, dass die Ernährung für ganz Berlin ressourcenschonend, umweltfreundlich umgestellt werden soll. Da könnte man einen Schwerpunkt machen und einen Ernährungshof in Tempelhof einrichten. Auch dazu gibt es schon Projekte. Es gibt ein Gebäude, das ist übrigens gar nicht so weit weg vom zukünftigen City-Lab. Im ganzen Gebäude sind fünf Küchen plus sehr schöne, gut nutzbare Räume für Kantinen, für Küchen, in denen Kinder das lernen können usw. Das will ich gar nicht ausführen.

Ein Weiteres betrifft das Gebäude, in dem das Alliiertenmuseum eingerichtet werden soll. Soweit ich das richtig weiß, war dort früher die Feuerwehr untergebracht. – [Zuruf: Im Kopfbau West!] – Genau! Im Kopfbau West. Wir werden zukünftig dort wieder eine Feuerwehr brauchen. Wir werden in spätestens 20 Jahren Hitzesommer en masse haben, und wenn wir uns dann das Tempelhofer Feld angucken: Dort werden Sanitäter, dort wird Gesundheitsvorsorge etc. gebraucht werden. Deshalb ist dort ein perfekter Ort, um wirklich in der Zusammenarbeit von Klimaexperten und Denkmalschutzexperten zu entwickeln: Was kann man machen? –, und das wird weltweite Ausstrahlung haben, denn dieses Thema hat noch niemand geknackt. Das wäre also zum Beispiel ein Ort, an dem man die 17 Nachhaltigkeitsziele exemplarisch und mit großer Ausstrahlung angehen könnte.

Zu der Frage: Wie weiter? Welche Player sollten ins Arbeitsgremium? – Ich gebe dazu auch noch eine Antwort, weil ich auch im Arbeitsgremium bin. Ich würde jetzt gar nicht sagen: Die und die Player sollten unbedingt drin sein. – Ich würde eher sagen: Ich finde es sehr schlau, was in den bisherigen Leitlinien für Partizipation steht, nämlich dass es ein Begleitgremium geben soll, das alle zwei bis drei Jahre ausgetauscht wird –, und das finde ich eine gute Sache. Dann würde ich als Kombination noch dazunehmen, was in der Feldkoordination, das heißt, der Begleitung für das Tempelhofer Feld, praktiziert wird, dass man die Leute auf den entsprechenden Versammlungen aus den Anwesenden wählt. Das zu kombinieren, finde ich eine sehr gute Sache. Dann erübrigt sich die Frage, wer es denn werden soll.

Lust weiterzumachen, habe ich sowohl, wenn ich meinen Hut für THF.Vision aufsetze als auch als Mitglied des Arbeitsgremiums. Wie Frau Hanske sagte: Wir haben jetzt wirklich sehr viel Wissen anhäufen können, und ich glaube, gerade, um den Prozess ins Laufen zu bringen, sollte es wichtig sein, dass wir das machen. Ich gehe davon aus, dass diese Partizipation über viele Jahre hinweg gebraucht werden wird, dann aber mit dem wechselnden Gremium, das ich gerade angesprochen habe.

Welchen Partizipationsgegenstand hätten Sie gern? – Wir würden sagen, das ganze Gebäude. Sie haben gehört, was Frau Heim-Wenzler als Konzept vorgestellt hat. Das ist in sich schlüssig und logisch. Als jemand, der auch eine andere Vision hat und jemand, der als Bürger der Stadt gern mitredet, würde ich sagen: Das, was dann zur Partizipation noch übrig bleibt, ist viel zu wenig. Das ist erstens vom Gegenstand her viel zu wenig, zweitens von dem Signal, das man in die Bürgerschaft aussendet: Hallo, ihr habt noch da vorne 10 000 Quadratmeter oder so. – Das ist auch viel zu wenig. Ich würde sagen, das ganze Haus langfristig, so, wie es pauschal zunächst in der Koalitionsvereinbarung steht.

Frühzeitiges Beteiligen ist tatsächlich eine heikle Frage. Die ganzen Erfahrungen, die ich habe, sind: Das frühzeitige Beteiligen ist nervtötend, weil es einfach unglaublich lange braucht, aber auf die Dauer trägt es länger. Ich kenne kein Verfahren, das man zu spät, auf den letzten Drücker, begonnen hat und bei dem es hinterher eine Akzeptanz gegeben hat. Schon allein deshalb kann es eigentlich gar nicht anders sein.

Ist von der Politik Beteiligung gewünscht und unterstützt? – Ja, unbedingt! Ich habe schon gesagt: Ich finde das Konzept von Wien sehr sympathisch, wo die Politik als eigener Interessensvertreter gefragt wird. Ich glaube, das ist ziemlich schlau.

Was braucht es noch? – Dazu ein Stichwort, das noch gar nicht genannt worden ist: Was es jetzt sofort bräuchte, wäre eine Entscheidung vom Land Berlin, dass wir sagen: Egal, was mit dem Partizipationsverfahren läuft, egal, was die Freuden der Recherche zum Gebäude noch bringen: Wir möchten eine ökologische Sanierung auf einem bestmöglichen Standard und stellen dann noch ein paar Leute an, die Gelder dafür auftreiben, die es ziemlich üppig gibt auf EU-Ebene usw.

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Vielen Dank! – Ich habe noch eine Meldung von Herrn Schweikhardt für eine Nachfrage und würde dann dem Senat die Möglichkeit geben, zu reagieren. Wenn das bitte eine kurze knappe konkrete Frage sein könnte!

Notker Schweikhardt (GRÜNE): Ich gebe mein Bestes, vielen Dank! – Die eine Frage war ganz konkret: Wird es Silverwings weiter geben, oder müssen die raus? Stimmt es, dass es Spannungen zwischen den Mietern gibt? Ich habe gehört, da wird Wasser auf Jugendliche geschüttet, die im Hof arbeiten. Es gibt eine – die „Bread and Butter“ hat das in Auftrag gegeben, gehört ihr aber nicht, gehört „System 180“ – Möglichkeit, den überdachten Teil abzuschließen. Dafür gab es mal Heizung und Gastanks. Ist das eine Möglichkeit für Initiativen, dass sie dahin ausweichen könnten? Ist das angedacht? Letzte Frage: Gibt es denn überhaupt Räume, die man kurzfristig nutzen könnte, auch wenn man als Künstler keine BIM-Standards braucht, sondern vielleicht nur ein Tonstudio?

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Bitte, Frau Heim-Wenzler!

Jutta Heim-Wenzler (Tempelhof Projekt GmbH): Dass es Spannungen zwischen den Mietern gibt, davon weiß ich nichts. Auch von diesen Vorfällen habe ich noch nichts gehört. Im Moment ist nicht vorgesehen, dass jemand entmietet wird. Silverwings – da sind gravierende Mängel. Die werden wir beheben. Das ist bereits am Laufen. – Was war noch die Frage? – [Zuruf von Notker Schweikhardt (GRÜNE)] – Ach ja, dieser Abschluss von "Bread and Butter": Einmal waren Anschlüsse für Heizstrahler da, die aber jetzt im Zusammenhang mit

der statischen Überprüfung und der Sanierung des Tragwerks entfernt werden, zum Teil schon entfernt sind. Ich bin jetzt nicht ganz sicher, ob sie nicht schon weg sind. Viele Teile der "Bread and Butter", das ist jetzt ja auch schon ein paar Jahre her, werden nicht mehr funktionieren, genauso die Trennwand, die wohl noch irgendwo eingelagert ist. Aber mein Kenntnisstand ist, dass sie nicht mehr verwendbar wäre. Ich glaube nicht, dass das hilft, dass man schnell jetzt etwas zur Verfügung stellen kann. Ich möchte um Verständnis bitten: Wir haben zum Teil so gravierende Probleme, die so einfach nicht zu beheben sind. Die Probleme sind jetzt bekannt, also müssen wir sie jetzt auch angehen, damit wir den Standortbetrieb sicher halten. So schnelle Möglichkeiten haben wir im Moment keine.

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Vielen Dank! – Dann würde ich Frau Lüscher noch mal das Wort geben.

Staatssekretärin Regula Lüscher (SenStadtWohn): Gern! Ich versuche, möglichst die Fragen, die mit dem Beteiligungsprozess zu tun haben, zu beantworten. Das ist ja auch der Grund, warum wir hier sitzen. – Ein Rat, was Sie als Abgeordnete tun können, ist, erstens, die Rahmenbedingungen nicht aufzumachen, also nicht plötzlich vom Feld zu sprechen und Frau Heim-Wenzler zu verwirren. Es gibt ein Tempelhof-Gesetz, und wir haben schon genug zu tun mit dem Gebäude.

Zweite Bitte, sich in der Koalition oder im Abgeordnetenhaus nochmals darauf zu verständigen, dass das, was im Koalitionsvertrag steht, nämlich die Nutzung des Gebäudes, nicht auszuweiten, sondern zu sagen: Das ist der Auftrag –, und nicht plötzlich aus dem Standort einen Verwaltungsstandort machen zu wollen. Dann haben wir auch klare Bedingungen für den Beteiligungsprozess. Das bedeutet für uns: Wir haben zusammen mit Tempelhof Projekt neueste Informationen, sowohl über den Zustand des Gebäudes, aber auch über die Gebäudestrukturen zu liefern: Welche Strukturen können was leisten? – Dann könnt ihr wiederum Entscheidungen treffen.

Warum sind die erheblichen Mittel nur zum Teil im Haushalt und vieles in SIWANA? – Auch dort wird es wieder gestrichen, weil einfach der Handlungsbedarf nach wie vor vollständig unterschätzt wird. Wir können dazu beitragen, dass wir immer wieder berichten, wenn wir neue Informationen haben. Dafür war unter anderem auch dieser Termin gut, obwohl es eigentlich um Beteiligung geht. Wir kriegen einfach diese hohen Summen nicht in den Haushalt, weil es den Haushalt auch meiner Meinung nach vermutlich überfordert.

Das Arbeitsgremium hat eine realistische Sicht auf den Ort. Wenn Sie davon sprechen, dass man diesen Prozess zehn, zwanzig Jahre begleiten muss: Ich finde es sehr schön, dass Sie, die Sie sich mit dem Gebäude auseinandersetzen, genau das erkennen. Unsere Bitte ist, Geduld zu haben und auch zu verstehen, dass es einfach viel Zeit braucht, weil es kompliziert ist.

Eine Auftragsklärung findet permanent statt. Ein – wie soll ich sagen? – Mittel zur Auftragsklärung ist die Hauptausschussvorlage, die jetzt mehrfach von Frau Demirbükten-Wegner genannt wurde. Diese Vorlage erreicht den Hauptausschuss immer wieder nicht, weil diese Klärung im politischen Raum offensichtlich nicht zustande kommt, was jetzt dort geschehen soll. Was wir beitragen können, ist, dass wir die Abfrage über Flächenbedarfe, die wir in allen Verwaltungen gemacht haben, jetzt auswerten und dazu wieder einen politischen Bericht formulieren, in dem wir Ihnen rückmelden können, welche Nutzungen in Bezug auf die Gebäu-

destrukturen überhaupt grundsätzlich möglich sind und welche nicht, unabhängig vom Beteiligungsprozess. Was Sie auch dazu beitragen können, ist, wirklich zu respektieren, dass jeweils politische Entscheidungen über Nutzungskonzepte abgestimmt werden müssen mit dem Beteiligungsprozess, dass das einhergehen muss und dass wir nur so Vertrauen erhalten können.

Zur Frage, ob der Senat diesen Partizipations- und Beteiligungsprozess wünscht: Ja, der Senat wünscht ihn, sonst hätten nicht mein Kollege Torsten Wöhlert und ich unter großen Anstrengungen nochmals Mittel bereitgestellt und ein Verfahren organisiert, in dem jetzt dieser Sommer der Intervention und Beteiligung stattfinden kann als Vorbereitung für den wirklichen Beteiligungsprozess, in dem gerade auch das passieren kann, dass man den Ort öffnet, dass man mehr Aufmerksamkeit bekommt, aber eben auch diesen Wissenspeicher weiterführen kann.

Zur Frage nach den Haushaltsmitteln für einen Beteiligungsprozess: Das kann man eigentlich erst sagen, wenn man diese Konzeption wirklich hat, aber ich kann sagen, wenn ich zurückblicke auf den Beteiligungsprozess, erste Phase Mitte: Das war ein Beteiligungsprozess, der weit über 1 Million Euro in Richtung 2 Millionen Euro kostet, und wenn wir hier in Tempelhof über die nächsten Jahre sprechen, dann können Sie sich ungefähr vorstellen, was wir da für Haushaltsbedarfe brauchen, um dem Anspruch wirklich gerecht zu werden, hier eine breite Beteiligung zu machen.

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Vielen Dank! – Ich hatte noch eine Frage übersehen. Frau Demirbüken-Wegner! Ich würde Sie bitten, nicht wieder, wie Herr Schweikhardt, zum Gebäude zu fragen, sondern wirklich zum Beteiligungsprozess.

Emine Demirbüken-Wegner (CDU): Frau Lüscher! Vielen Dank für die Ausführungen! Sie haben darauf hingewiesen, dass im Hauptausschuss das Thema zig Mal auf der Agenda war. Ich glaube, fünfmal war es ein Tagesordnungspunkt, wurde immer einen Tag vorher runtergenommen. Falls es auf die Agenda kommen sollte, hatten Sie gesagt, dass Sie nach der Sommerpause eine Beschlussfassung im Senat zur Umsetzung der Nutzungsvorstellung der Senatsverwaltungen und des Masterplans zum Flughafen Tempelhof vorgesehen haben. Wann können wir Abgeordneten damit rechnen?

Zur Nutzung ist eine Frage leider nicht beantwortet worden. Vielleicht noch mal durch eine von Ihnen. Ich hatte gefragt: Was dürfen und können Ihrer Meinung nach die Bürgerinnen und Bürger in diesem Weiterentwicklungsprozess konkret mitbestimmen, und was ist letztendlich nicht verhandelbar? Die Frage war offengeblieben. – Danke schön!

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Frau Lüscher, bitte!

Staatssekretärin Regula Lüscher (SenStadtWohn): Ich habe diese Vorlage erwähnt, in der wir eine Rückmeldung geben, welche Nutzungswünsche, die allein aus den Senatsverwaltungen und aus dem Bezirk kommen, überhaupt umsetzbar sind. Wir gehen davon aus, dass das eher nach der Sommerpause das Licht des Senats erreicht, und dann nimmt es seinen Weg. Wie es normalerweise aussieht, wird es eher Herbst, würde ich mal sagen.

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Meinem Eindruck nach geht auch die zweite Frage an Sie.

Staatssekretärin Regula Lüscher (SenStadtWohn): Die war?

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Die war, was nicht verhandelbar ist.

Staatssekretärin Regula Lüscher (SenStadtWohn): Was Gegenstand der Partizipation ist: Das ist genau das, was ich hier nicht beantworten kann, weil ich dazu im politischen Raum eine Klärung brauche. Es ist immer das Gleiche, was ich immer wieder wiederhole: Was ist Gegenstand des Partizipationsprozesses? Was ist das Nutzungskonzept? Was will diese Regierung, was stattfindet? Gilt der Koalitionsvertrag, oder gilt er nicht, und insbesondere: Ist diese Regierung offen dafür, dass man auch alternative Betriebssysteme denkt, so, wie das von einzelnen Mitgliedern des Arbeitsgremiums hier vorgetragen wurde; in welcher Art und Weise, also Partizipation: mitsprechen – oder Partizipation: mittun?

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Vielen Dank! – Ich danke allen Anzuhörenden, die hier gewesen sind und uns ausführlich und wirklich sehr informativ Rede und Antwort gestanden haben! Wir haben noch einen Punkt auf der Tagesordnung. Ich würde Ihnen aber die Möglichkeit geben, Sie haben jetzt schon so lange hier gesessen, zu gehen, und wir erledigen noch den Punkt 4. – Die Besprechung vertagen wir wie immer, bis das Wortprotokoll vorliegt, und machen dann eine Auswertung.

Punkt 4 der Tagesordnung (neu)

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/1376

**Gemeinsam statt einsam – Wir brauchen eine
Ehrenamtskampagne gegen Isolation und
Einsamkeit**

[0058](#)
BuergEnPart(f)
IntArbSoz

Vertagt.

Punkt 5 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.